

E.ON

Konzern der Superlative +++ größter Atommüllproduzent Europas +++ Machtmissbrauch +++ Verbraucherabzocke +++(Mit-)Betreiber von 11 Atomreaktoren +++ Panikmache mit Stromlücke +++ Erneuerbare Energien verschlafen +++ Graustrom +++ Atomreaktoren in Osteuropa +++ „Strom ist eigentlich zu billig“ +++ Klimaschmutz +++ „übelste Verbrauchertäuschung“ +++ Strompreissteigerungen +++ Greenwash +++ Atom.on +++ E wie Etikettenschwindel +++ ungerechtfertigte Gewinnmaximierung +++“Kriegserklärung an die Verbraucher“ +++ fehlende Investitionen in Netze +++ Treibhausgase +++ über 80 Prozent Atom- und Kohlestrom +++ Wachstum um jeden Preis +++ Atommülltransporte nach Russland +++ ökologische Katastrophe in Sibirien +++ Gaspreissteigerungen +++ Lebensraum- und Naturzerstörung +++ Quecksilberemissionen +++ Zusatzgewinne durch Windfallprofits +++ „grünes Mäntelchen“ +++ Preistreiberei +++ EU-Kommission hat Beweismaterial +++ Börsenmanipulation +++ kein Wettbewerb +++ Zurückhalten von Kraftwerkskapazitäten +++ KohLE.ON +++ Feinstaubemissionen +++ radioaktiver Abfall +++ ineffiziente Großkraftwerke +++ größte Atomenergie-Gesellschaft in Europa +++ Politik diktieren +++ Monopol +++ Daran arbeitet E.ON +++

Herausgeber: urgewald in Zusammenarbeit mit projekt21plus
Autorin: Alexandra Scheper mit Texten von Regine Richter und Matthias Eickhoff
Redaktion: Heffa Schücking (v.i.S.d.P), Trudel Meier-Staude
Druck: Darpe Industriedruck GmbH & Co KG, Warendorf

Dieser Bericht wurde gedruckt auf der Papiersorte „Cyclus Print“ aus 100%
Altpapier und ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.

Wir danken der grassroots foundation für die Unterstützung unserer Kampagne
und Gerd Rosenkranz für die kritische Durchsicht des Berichts.

April 2008

Inhalt

- 04 Vorwort**
- 06 E.ON im Überblick**
 - Wem gehört E.ON?
 - Anteilseigner
 - Was macht E.ON?
 - Wie viel verdient E.ON?
 - Wie entstand E.ON?
 - Wer lenkt E.ON?
 - Wie grün ist E.ON?
- 12 Strom**
 - A wie Abzocke
 - K wie Kundenfang
 - E wie Etikettenschwindel
 - M wie Manipulation
 - U wie unersättlich
 - K wie Kuhhandel?
- 18 Gas**
 - A wie ‚Alles meins‘
 - Preistreiberei
 - Russlandgeschäfte
 - Gas.on und Eprom
- 24 Lobby**
 - Strippenzieher
 - Megafusion
 - Atomfreunde
 - Doppelspiel
- 30 Atom**
 - Störfälle
 - Urananreicherungsanlage Gronau
 - Uranmüllexporte nach Russland
 - Zwischenlager Ahaus
 - E wie – Expansion
 - Finnland: Alles andere als „atomfreundlich“
 - Großbritannien: Atomkraft ist wieder in
 - Bulgarien: Investitionen auf wackligem Grund
 - Slowakei: keine Sicherheitskultur
- 42 Kohle**
 - Steinzeittechnologie
 - Widerstand
 - Stromlücke – e wie erfunden?
 - Sackgasse
- 50 Fazit**

Liebe KundInnen und AktionärInnen von E.ON,

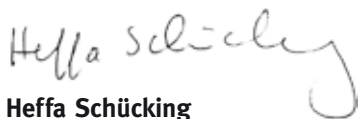
Ihr Konzern hat im vergangenen Jahr 400.000 Kunden verloren. Das ist der Dank für maßlose Preiserhöhungen, offensichtliche Preisabsprachen und Manipulationen sowie E.ONs aggressive Atompolitik. Zehn Jahre nach der Liberalisierung des Strommarktes werden die Verbraucher mündig, Vertrauen und Lethargie schwinden und die Menschen wechseln in Scharen.

Immerhin hat E.ON mit seiner Billigmarke „E wie einfach“ klug vorausgedacht und ein Auffangbecken für diejenigen geschaffen, die aus reinen Kostengründen wechseln. Mit seiner aggressiven Werbekampagne und Kampfpreisen fischt E.ON nicht nur eigene Kunden ab, denen die Strompreise zu hoch werden, sondern auch noch die der Konkurrenz. Bei weitem nicht alle Wechsler gehen jedoch zu „E wie einfach“. Denn neben denen, deren Wechsel ausschließlich ökonomisch motiviert ist, suchen viele Menschen eine echte Alternative zur Atom-Kohle-Lobby-Monopol-Politik von E.ON. Sie entscheiden sich bewusst für einen unabhängigen Ökostrom-Anbieter, um ihr Geld nicht mehr E.ON und Co. in den Rachen zu werfen. Sie setzen mit dem Stromwechsel ein Zeichen gegen falsche Konzernpolitik. Sie geben ihr Geld lieber einem Anbieter, der in Erneuerbare Energien und effiziente, dezentrale Kraftwerke investiert, entsprechend dem Motto des E.ON-Chefs: „aus jedem eingesetzten Euro so viel an Klimaschutz herausholen, wie möglich ist.“

Für Herrn Bernotat jedoch bedeutet dies: Kernenergie. Deshalb setzt sich E.ON massiv für den Ausbau der Atomkraft in Europa ein. Dabei sind die großen, zentralen, reaktions-trägen Atomkraftwerke mit ihrer großen Abwärme und einem Wirkungsgrad von etwa 33 Prozent das genaue Gegenteil von Energieeffizienz. Und damit das Gegenteil von sinnvoll für Klimaschutz eingesetztem Geld. Auf Dauer setzt E.ON damit kommende Generationen einem nicht kalkulierbaren Risiko und Bergen von strahlendem Atommüll aus.

Wir haben in dem vorliegenden kritischen Jahresbericht eine umfassende Konzernbilanz zu den Bereichen Atom-, Kohle-, Gas-, Preis- und Lobbypolitik gezogen. Unsere Schlussfolgerung ist, dass Ihr Konzern in der heutigen Zeit falsche Prioritäten setzt und eine umwelt- und kundenunfreundliche Politik betreibt. Wenn er dabei bleibt, werden ihm immer mehr Kunden den Rücken kehren, denn sie haben verstanden, dass niemand sie zwingt, beim alten Anbieter zu bleiben. Und dass sie etwas Besseres als E.ON allemal finden.

Gute Lektüre wünscht



Heffa Schücking

Geschäftsführerin urgewald





Atomkraftwerk Grundrissplan. Foto: Greenpeace

E.ON im Überblick

Deutschlands größter Energiekonzern produziert über 80 Prozent seines Stroms in Atom- und Kohlekraftwerken. E.ON wirbt in der Öffentlichkeit gerne mit Erneuerbaren Energien: Sie machen nur 11 Prozent in seinem Strommix aus.

E.ON im Überblick

Seine Farbe ist rot, sein Name energy.on, sein Ziel die Expansion. Ein Konzern der Superlative: Die E.ON AG mit Hauptsitz in Düsseldorf ist einer der größten Energiekonzerne der Welt und Branchenprimus in Deutschland. Der Strom- und Gasversorger ist in fast 30 Ländern aktiv, mit führenden Positionen in Großbritannien, Schweden und Osteuropa. Seinen Strom liefert der Konzern hauptsächlich aus Atomkraft- und Kohlekraftwerken. Er ist führend darin, mehreren Generationen verstrahltes Erbe zu hinterlassen: Als Atom-müll-Produzent ist E.ON Nr. 1 in Deutschland und Nr. 2 in Europa.

E.ON-Anteilseigner¹

87,34 %
Streubesitz

4,68 %
Eigene Anteile

3,48 %
UBS AG

2,5 %
Allianz AG

2 %
Freistaat Bayern

(Stand: Oktober 2007)

Wem gehört E.ON?

Die E.ON AG gibt auf Nachfrage keine Auskunft über ihre Anteilseigner. Im Geschäftsbericht 2007 ist lediglich zu erfahren, dass 19 Prozent der sich im Umlauf befindlichen Aktien im Inland und 56 Prozent im Ausland gehalten werden.

Im Oktober 2007 hat der staatliche norwegische Energiekonzern Statkraft über zwei Prozent an E.ON übernommen. Im Gegenzug erhielt E.ON dessen schwedische Tochter E.ON Sverige zu 100 Prozent. Ansonsten halten Versicherungen, Banken, Gesellschaften und Vermögensverwaltungen um die 70 Prozent an der E.ON AG. Große Anteilseigner sind neben der Allianz z. B. die US-amerikanischen Investmentgesellschaften Fidelity, Capital Research sowie Templeton.

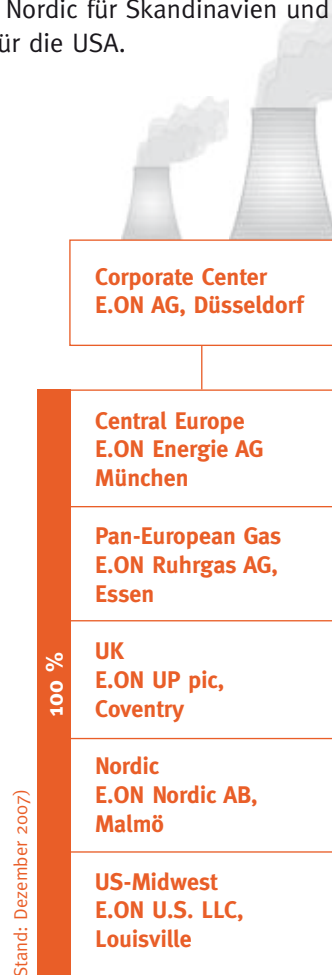
Im Juni 2007 begann E.ON mit einem Aktienrückkaufprogramm. Bis Ende 2008 sollen Aktien im Wert von rund sieben Milliarden Euro gekauft und später eingezogen, also vernichtet, werden. Der Effekt: Der Gewinn je Aktie und die Dividendenrendite steigen. Damit reagiert der Konzern auf Forderungen von Anteilseignern, die wegen der Finanzkraft E.ONs höhere Ausschüttungen gefordert hatten.

Nach einem Aktienrückkauf sinkt auch der Streubesitz, also der Anteil jener Aktien, die am Markt frei gehandelt werden und nicht im Besitz von Anlegern sind, die sich dauerhaft an E.ON beteiligen wollen. Das erschwert eine feindliche Übernahme durch Großinvestoren. E.ON kann sich so gegen mögliche Übernahmen besser wehren und sich mehr

Spielraum für Verschuldung geben, um selber auf Einkaufstour im großen Stil zu gehen.

Was macht E.ON?

Die E.ON AG steht als Management-Holding an der Spitze des Konzerns mit fünf Markteinheiten: E.ON Energie für Zentraleuropa, E.ON Ruhrgas für das gesamteuropäische Gasgeschäft, E.ON UK für Großbritannien, E.ON Nordic für Skandinavien und E.ON US LLC für die USA.



E.ON versorgt rund 18 Millionen Menschen mit Strom und Gas, davon rund sechs Millionen in den osteuropäischen Ländern. In Deutschland deckt E.ON ein Drittel des gesamten Strombedarfs ab, in manchen Regionen hat der Konzern einen Marktanteil von bis zu 90 Prozent.

Deutschland
Niederlande
Italien
Ungarn
Tschechien
Slowakei
Rumänien
Bulgarien

Deutschland
Ungarn
Rumänien
Finnland
Lettland
Litauen
Slowakei
Russland
Großbritannien
Norwegen
Italien
Schweiz

Großbritannien

Schweden
Finnland

USA

Atom.on und Kohle.ON

Der von E.ON erzeugte Strom kommt zu fast 50 Prozent aus Atomkraftwerken. E.ON Kernkraft ist die größte private Atomenergie-Gesellschaft in Europa. In Deutschland ist E.ON (Mit-)Betreiber von elf Atomreaktoren. Auch die Störreaktoren Krümmel (50 Prozent E.ON) und Brunsbüttel (33,3 Prozent E.ON) gehören zum Kraftwerkspark des Konzerns.

Kohle ist und bleibt ein schmutziges Steckenpferd von E.ON. Der Energiekonzern produziert 37 Prozent seines Stroms aus Kohle. Dafür betreibt er in Deutschland 20 Steinkohleblöcke an 14 Standorten und drei Braunkohlekraftwerke (zwei davon

Beteiligungen) sowie in Großbritannien und den Niederlanden insgesamt 5 Steinkohleblöcke. Trotz heftiger Proteste von Bürgern, Umweltschützern und Politikern will E.ON drei neue Steinkohleblöcke in Deutschland und vier neue Blöcke in Belgien, Großbritannien und den Niederlanden bauen.

Zur E.ON Energie gehören Hunderte von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, die bis zur Fusion von VEBA und VIAG in der PreußenElektra und im Bayernwerk geführt wurden. E.ON hat 193 Minderheitsbeteiligungen an regionalen Stromversorgern und Stadtwerken, was seit Jahren zu Konflikten mit den Wettbewerbshütern führt. Perspektivisch will E.ON deshalb seine Tochter

Thüga mit ihren 120 Stadtwerksbeteiligungen verkaufen.

E.ON sieht sich immer mehr als europäischer denn als deutscher Konzern. In Osteuropa ist E.ON schon lange aktiv – immer dann, wenn die Strom- bzw. Gaswirtschaft aus Staatsbesitz in private Hand wechselt. Sein Marktanteil liegt z.B. in Tschechien und Bulgarien bei 25 Prozent, in der Slowakei bei 40 Prozent und in Ungarn ist E.ON mit 45 Prozent sogar Marktführer. Die Zeichen stehen eindeutig auf Expansion: Der Konzern hat erst kürzlich umfangreich in Skandinavien, Russland und der Türkei zugekauft. Nach dem Scheitern der „Fusion der Superlative“, der Übernahme des spanischen Stromversorgers Endesa 2007, hat E.ON ein Milliarden-Geschäft zum Ausbau seiner Stellung im europäischen Strommarkt besiegelt und für 11,8 Milliarden Euro Kraftwerke und andere Beteiligungen in Spanien, Italien und Frankreich erworben. Damit ist E.ON in Frankreich zum drittgrößten und in Italien und Spanien zum viertgrößten Energieversorger aufgestiegen.

Wie viel verdient E.ON?

Jubel an der Börse, steigende Ausschüttungen, höhere Gewinne von Jahr zu Jahr und Wachstumsankündigungen für die Zukunft. 2007 erzielte E.ON einen Überschuss von 7,2 Milliarden Euro, knapp 30 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Bei einem Umsatz von 68,7 Milliarden Euro stieg der bereinigte Gewinn um zehn Prozent auf 9,2 Milliarden Euro. Vor allem im europäischen Strom- und Gasgeschäft konnte das Unternehmen Profit machen. Parallel zum steigenden Konzernumsatz haben die Kunden jährlich Strom- und Gaspreiserhöhungen akzeptieren müssen. Ungerechtfertigt und eventuell sogar gesetzeswidrig wie sich nun herausstellt. Die EU-Kommission, Monopolkommission, Bundesnetzagentur und das Bundeskartellamt versuchen seit Jahren, Energieriesen wie E.ON zu kontrollieren. 2008 scheint die Beweislage den Konzern endlich zu zwingen, seine Raffgier-Strategie etwas abzuschwächen.²

Wie entstand E.ON?

E.ON ist im Jahr 2000 aus der Fusion der deutschen Versorgungsunternehmen Veba und Viag hervorgegangen. Beide besaßen

höchst ertragreiche Stromtöchter: Veba die PreußenElektra und Viag das Bayernwerk. Der frühere Konzernchef Ulrich Hartmann und sein Nachfolger Wulf Bernotat formten aus den Unternehmen einen reinen Strom- und Gasanbieter. Allein der Verkauf namhafter Töchter wie Aral oder Degussa und zahlreicher Beteiligungen wie E-Plus spülte mehr als 50 Milliarden Euro in die Kassen. E.ON legte seine eingenommenen Milliarden in Großakquisitionen an, um seinem Ziel, der weltweit führende Energiekonzern zu werden, ein paar Schritte näher zu kommen.

Doch erst die Fusion des größten deutschen Stromkonzerns mit dem größten deutschen Gaskonzern Ruhrgas machte E.ON 2003 zum wirklichen Megaplayer. Es war der spektakulärste und strukturpolitisch umstrittenste Fall in der deutschen Wirtschaftsgeschichte.³ Heute vereint E.ON die gesamte Wertschöpfungskette im Strom- und Gasgeschäft in einer Hand: von der Erzeugung über den Transport, den Handel und die Verteilung bis hin zum Vertrieb an die Kunden.

Wer lenkt E.ON?

E.ON-Vorstandsvorsitzender Wulf Bernotat überlässt das Tagesgeschäft seit März 2008 seinem neuen Vize Johannes Teyssen. Der Chef will nach eigenen Angaben mehr Zeit und Luft für die Energiepolitik haben. Erst kürzlich hat er mit seiner vorausseilenden Bekanntmachung, Netze und Kraftwerkskapazitäten gegen ein kostspieliges EU-Verfahren einzutauschen, die Bundesregierung verärgert. Sie hat auf Drängen von E.ON und Co. in Brüssel gegen die Trennung von Netzen und Produktion gekämpft und steht nun düpiert da.

Mit seinen öffentlichen Äußerungen, Strom sei zu billig in Deutschland, hat sich der Manager, der 5,33 Millionen Euro im Jahr 2007 verdiente, auch beim Rest der Gesellschaft unbeliebt gemacht. Tageszeitungen kommentierten das „Ärgernis Bernotat“ und fragten, ob er seine Kunden wohl „kräftig verschaukeln“ (SZ) wolle. In Wahrheit sind die deutschen Tarife hoch im europäischen Vergleich. Das schlechteste Image unter deutschen Führungskräften hat Bernotat laut aktuellem Unternehmens-Ranking des manager magazins: Denn er bescherte E.ON im Januar

2008 den stärksten Ansehensschwund neben Siemens, EADS und der Deutschen Telekom.

Seit 2003 im Amt führt der 59-jährige Manager die Geschicke von E.ON bis mindestens 2010. Bernotat, der sein Privathaus mit Solarzellen ausgestattet hat, hält als Geschäftsmann Kohlekraftwerke für „unverzichtbar“ und will Atomkraftwerke im Ausland bauen. Wenn alle E.ON-Kunden ihr Energieverhalten dem Privatmann Bernotat nachmachen, wäre E.ON nicht mehr der europäische Energieriese von heute. Denn für E.ON sind dezentrale Anlagen uninteressant und Erneuerbare Energien noch immer überwiegend Öko-Kosmetik.

Wie grün ist E.ON?

Auch E.ON spürt, dass die Menschen den großen Versorgern mit ihren Kohle- und Atomkraftwerken und überzogenen Preisen in Scharen davonlaufen. Für alle Wechselwilligen hat der Konzern deshalb ein Auffangbecken geschaffen: „E wie Einfach“, die hauseigene Billigstrommarke. Neuerdings bietet sie sogar einen so genannten Klimatarif an. Mit Ökostrom hat sie allerdings nichts das Geringste zu tun. Genau so wenig wie der grüne Deckmantel, den E.ON zurzeit in der Öffentlichkeit trägt.

Das Investitionsprogramm bis 2010 hat E.ON auf rund 50 Milliarden Euro aufgestockt. 38 Milliarden davon sollen in die Stromerzeugung und -versorgung fließen, hauptsächlich mit konventionellen Energieträgern. Nur sechs Milliarden Euro will der Atom- und Kohlekonzern in Erneuerbare Energien stecken. Zwei Milliarden davon sind schon ausgegeben worden, bleiben noch vier – größtenteils für Wind-Großprojekte in den USA und große Biogasanlagen in Europa.

E.ON bezeichnet nun Erneuerbare Energien als einen „Schwerpunkt“ im Programm, für jeden Außenstehenden ist deutlich, dass hier der Schwachpunkt der Konzernpolitik liegt. Viel zu spät hat der Stromgigant angefangen, in regenerative Alternativen zu investieren. Bis vor kurzem hat er diese in Deutschland sogar mehr gebremst als gefördert.

E.ON hat eine lange Tradition in der Torpedierung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien: Seit der Liberalisierung des

Energiemarkts 1998 versuchte der Konzern, hocheffizienten gasbefeuerten Heizkraftwerken im Besitz von Kleinanbietern und Privatinvestoren mit Preisdumping den Hahn abzdrehen.⁴ Windmüller haben jahrelange Erfahrung damit, von E.ON nicht ans Stromnetz gelassen zu werden.⁵ E.ON führte auch mehrere Prozesse gegen das erfolgreiche Ökostromgesetz, verlor aber alle. Dort, wo unliebsame Konkurrenten sich auch mit marktwirtschaftlichem Erfolg für sauberen Strom einsetzen können, bremst er diese einfach aus.

Jetzt haben sich Erneuerbare Energien zum Wachstumsmarkt entwickelt, an dem sich auch E.ON sein Kuchenstück sichern will. Die 2008 gestartete neue Tochter E.ON Climate & Renewables plant hauptsächlich Offshore- und Onshore-Projekte in Spanien, Portugal und den USA. E.ON will „weltweit führendes Unternehmen auf diesem Gebiet“ werden. Tatsächlich hat E.ON einige große Investitionen in Windenergie im Ausland getätigt und will bis 2030 den Anteil der Erneuerbaren auf 24 Prozent erhöhen. Das klingt gut, aber ist es wirklich ein Fortschritt? Die Bundesregierung geht davon aus, dass Deutschland bis 2020 schon bei 40 Prozent Erneuerbare sein kann. Dagegen wirken E.ONs konservative Zahlen wirklichkeitsfremd.

Während E.ON sich im Osten und in Großbritannien einen massiven Einstieg in Atomenergie erhofft und große Investitionen in Kohlekraftwerke plant, wirbt der Konzern in Deutschland mit innovativer Wasserkraft, Offshore-Windenergie und Biomasse. Dabei fallen Werbespots von E.ON zurzeit grüner aus als die Realität erlaubt: Mit einem modernen Gezeitenkraftwerk vor der Küste Englands – mit Strom aus dem Meer – sollen 5000 Haushalte ab 2010 versorgt werden. Zu dieser Werbung von E.ON titelte die ZEIT „Lügen, bis das Image stimmt.“⁶ Denn bisher existiere nur das Modell auf dem Papier, der Praxistest stehe noch aus, eine Baugenehmigung fehle. Wissenschaftler sprechen von einer „unseriösen Kampagne“. Kritiker behaupten, der Stromriese habe mehr Geld in die Werbekampagne als in die Entwicklung seines Unterwasserkraftwerkes gesteckt.

Wer gerade keinen Wissenschaftler zur Hand hat, dürfte nach solchen Ankündigungen glauben, dass E.ON sich mit hochinnovativen Verfahren für den Klimaschutz einsetzt. So leicht kann davon abgelenkt werden, dass der gleiche Konzern in veraltete Atomkraftwerke in Osteuropa wie z.B. in Belene investieren will oder mit neuen Kohlekraftwerken weitere Treibhausgase in die Atmosphäre pustet.

E.ON versucht, der negativen Berichterstattung in den Medien über seine Energiepreispolitik ein positiveres Bild entgegenzustellen und die kritische deutsche Öffentlichkeit zurück zu gewinnen. „Der Schwerpunkt der Kampagne liegt jedoch darin, dem Verbraucher vorzugaukeln, dass es sich bei E.ON, das nur 10,8 Prozent seines angebotenen Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnt und (Mit-)Betreiber von 11 der 17 deutschen AKWs ist, um ein umweltbewusstes und verantwortungsvolles Unternehmen handelt“, so die Greenwash-Studie von Lobby Control.⁷

Dafür gründet der Konzern auch Institute für Energieforschung, Informationszentren für das Klima und Initiativen wie „Energie für Kinder“. Schon die ganz Kleinen lernen bei der Deutschen Umwelt-Aktion (DUA), gesponsort u.a. von E.ON, wie ein Kraftwerk funktioniert. „Unsinnige, radikale Forderungen wie etwa von Greenpeace“ sind nicht Sache der DUA, die in etwa 11.000 Klassen pro Jahr über Energiefragen „aufklärt“.⁸ Für den Energiekonzern ein idealer Erstkontakt mit den Kunden von morgen.

E.ON bezeichnet nun Erneuerbare Energien als einen „Schwerpunkt“ im Programm, für jeden Außenstehenden ist deutlich, dass hier der Schwachpunkt der Konzernpolitik liegt. Viel zu spät hat der Stromgigant angefangen, in regenerative Alternativen zu investieren. Bis vor kurzem hat er diese in Deutschland sogar mehr gebremst als gefördert.

1 Quelle: Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 62 Abs. 1 des EWG – Strom und Gas 2007: Wettbewerbsdefizite und zögerliche Regulierung. Bundestags-Drucksache 16/7087

2 Siehe Kapitel Strom

3 Siehe Kapitel Lobby

4 „Gegen den Strom“, Greenpeace International, April 2005

5 Beispiele unter www.wind-energie.de

6 „Lügen, bis das Image stimmt“, DIE ZEIT, 05/2008.

7 „Greenwash in Zeiten des Klimawandels“, Lobby Control, November 2007

8 „Renaissance des Rußes“, Der Spiegel, 6/2008



Strom

E.ON versorgt rund 18 Millionen Menschen mit Strom und Gas, davon rund sechs Millionen in den osteuropäischen Ländern. In Deutschland deckt E.ON ein Drittel des gesamten Strombedarfs ab, in manchen Regionen hat der Konzern einen Marktanteil von bis zu 90 Prozent.

Die „großen Vier“ – E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall – besitzen rund 85 Prozent der Kraftwerkskapazitäten und 95 Prozent der Stromnetze in Deutschland. Ihre Oligopolstellung nutzen sie mit allen Mitteln, um ihre Marktmacht zu stärken und den Strompreis weiter nach oben zu treiben. Angesichts dieser Übermacht zeigen sich die politischen Kontrollinstanzen schwach und schlecht gewappnet. Trotzdem kommen langsam immer mehr Details aus der geheimen Trickkiste der Energiekonzerne an die Öffentlichkeit.

Die Liste der Vorwürfe gegen E.ON ist besonders lang: Machtmissbrauch, Preis- und Gebietsabsprachen, Marktabschottung, Börsenmanipulation, taktische Kraftwerksabschaltungen, ungerechtfertigte Gewinnmaximierung, fehlende Investitionen in Netze und und und. Deutschlands größter Energieriese hat alle Wettbewerbshüter gegen sich: Bundeskartellamt, Monopolkommission, EU-Kommission. Aus jahrelangen Vermutungen wurden handfeste Beweise und die Schlinge der Kontrollämter zieht sich zu. E.ON muss handeln und bietet plötzlich an, Netze und Tochterfirmen zu verkaufen, um harten Strafen zu entgehen und wieder Luft für neue Geschäfte zu bekommen. Beim Strompreis bleibt allerdings alles beim Alten: er steigt und steigt.

A wie Abzocke

Die großen Stromkonzerne erzielen Jahr für Jahr neue Rekorderlöse, während immer mehr Menschen ihre Strom- oder Gasrechnungen nicht mehr zahlen können. 800.000 Menschen wurde 2007 in Deutschland der Strom abgestellt oder der Gashahn zuge-dreht. Tendenz steigend. Ein Durchschnittshaushalt zahlt mittlerweile fast 900 Euro im Jahr nur für Strom. Laut Statistischem Bundesamt sind die Erlöse für Stromverkäufe seit 2000 um 40 Prozent gestiegen.¹

„Strom in Deutschland ist eigentlich zu billig.“

E.ON-Chef Wulf Bernotat, September 2007

Kurz nach dem legendären Bild-Interview mit Wulf Bernotat hat Marktführer E.ON zum 1. Januar 2008 wieder die Strompreise um bis zu 10 Prozent erhöht. Davon sind sieben Mil-

lionen Privatkunden von E.ON betroffen. Für Bernotat steht der Preistreiber fest: Schuld sollen Ökosteuer und der Ausbau der Erneuerbaren Energien sein. Für Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ist die Begründung „reiner Unsinn“, für Verbraucherschützer eine „Kriegserklärung an die Verbraucher“. Auch Bundeskartellamt und Monopolkommission sehen ihre Kritik weiter bestätigt: Es gebe generell „keinen funktionsfähigen Wettbewerb“.²

Der Anteil der Abgaben für Erneuerbare Energien macht weniger als vier Prozent des Strompreises aus. „Der Preissprung bei E.ON ist 15mal so hoch wie der Anstieg der EEG-Kosten. Hier wird offenbar versucht, die Verbraucher abzuzocken und dafür die Erneuerbaren Energien als Sündenbock heranzuziehen“, sagt Milan Nitzschke, Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE). Ein Musterhaushalt zahle 2008 maximal 30 Cent mehr im Monat für das EEG als 2007. Die Preiserhöhung von E.on macht Mehrkosten von bis zu 5 Euro pro Monat aus.

Tatsächlich führt das große Angebot von inzwischen rund 16 Prozent mehr Strom aus Erneuerbaren Energien sogar zu niedrigeren Strompreisen. Das Bundesumweltministerium beziffert die Preis dämpfenden Effekte des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mit fünf Milliarden Euro. Versorger wie E.ON geben diese Einsparungen einfach nicht an die Verbraucher weiter. Da hilft nur eins: den Stromanbieter wechseln! Nur nicht zu „E wie Einfach“.

K wie Kundenfang

„E wie Einfach“ ist ein Unternehmen von E.ON und seine Gewinne fließen direkt in die E.ON-Kassen. Seit Anfang 2007 macht der Konzern in großem Stil Werbung für diese Billigstrommarke. Aber wie passt Bernotats Aussage, der Strom sei zu billig, mit dem selbst eröffneten Discount-Anbieter zusammen, der mit „MeinCentTarif“ verspricht, immer einen Cent unter dem örtlichen Tarif des Grundversorgers zu bleiben?

„E wie Einfach“ hat seit Februar 2007 fast 700.000 Kunden gewonnen, die Regionalgesellschaften von E.ON dagegen 400.000 verloren. Das ist ein deutliches Plus von 300.000 Neukunden für E.ON, während RWE und Vattenfall an Kundenschwund leiden. Nur E.ON zieht aus dem Imageproblem der großen Vier einen Vorteil. Mit „E wie Einfach“ bricht E.ON bewusst in den Markt der Stadtwerke ein. E.ON gibt zu, dass die mit massivem Werbeetat geförderte Tochter zwar weiter rote Zahlen schreibt, doch die Marktmacht des Konzerns wächst. Und unliebsame Konkurrenten werden weiter geschwächt, indem ihr Tarif unterboten wird.

E wie Etikettenschwindel

Seit 2008 bietet „E wie Einfach“ mit dem neuen „MeinKlimaTarif“ auch eine angeblich „klimaneutrale“ Strom- und Gasversorgung an. Den Aufschlag auf den Strompreis verspricht E.ON u.a. in Kompensationsprojekte in Entwicklungsländern zu investieren. Darunter sind z. B. ein Windpark und ein Biomassekraftwerk in Indien, ein Wasserkraftprojekt in Brasilien und eine Aufforstung in Costa Rica. „Das können Verbraucher auch direkt umsetzen, indem sie sich für eine ethische Geldanlage entscheiden und damit gleichzeitig eine persönliche Rendite erwirtschaften“, sagt Trudel Meier-Staude von projekt21plus. „Mit dem Klimatarif schenken sie E.ON zwei Cent. Mit dem Geld kann sich E.ON vordergründig eine grüne Weste waschen, hat eine gute Werbemöglichkeit und eine renditestarke Finanzanlage. An der Geschäftspolitik des Konzerns wird das jedoch nichts ändern.“

Der Strommix von „E wie Einfach“ bleibt nämlich der gleiche. Er setzt sich mit oder ohne Klimatarif zu 81 Prozent aus Kohle- und Atomenergie zusammen. Für Verbraucher-

schützer und Umweltverbände ist das Modell „übelste Verbrauchertäuschung“, „Etikettenschwindel“ und eine „miese Mogelpackung“. Den Kunden wird suggeriert, sie kaufen ein ökologisches Produkt. Tatsächlich werden jedoch nur die CO₂-Emissionen pro Kilowattstunde kompensiert, der Strom bleibt genauso schmutzig wie zuvor.

M wie Manipulation

EU-Kommissarin Neelie Kroes hat es geschafft: E.ON trennt sich von seinen Stromnetzen, um das laufende Kartellverfahren zu stoppen. Bernotat sagte nach wochenlangen Verhandlungen im Frühjahr 2008 nicht nur zu, das Hochspannungsnetz von 10.000 Kilometern zu verkaufen, sondern auch Kraftwerkskapazitäten im Volumen von 4.800 Megawatt in Deutschland abzugeben. Das entspricht in etwa der Leistung von vier Atomkraftwerken. Im Gegenzug ist E.ON eine milliarden schwere Geldbuße und Folgeklagen von Industrie und Verbraucherverbänden los.

Was zwang den Riesenkonzern, klein beizugeben? Das Beweismaterial, das die EU-Kommission 2006 bei unangekündigten Razzien in den Zentralen von E.ON (und RWE) sammelte, wiegt schwer. Einen Überblick über die Asservaten gibt ein vertrauliches Dokument des Bundeskartellamts, das urgewald vollständig vorliegt.³ Es besagt: E.ON habe die Großhandelspreise an der Strombörse EEX manipuliert und nachweislich Kraftwerksleistungen zurückgehalten, um die Preise weiter nach oben zu treiben.

Mit dem Eigenhandelsbuch „SPP“ (vermutlich Special Purpose Portfolio) konnte E.ON hohe Zielpreise an der Börse „durchstoßen“. Der intensive Einsatz eines eigenen Handelsbuchs – für E.ON ein Buch zum Minusmachen, um mit erhöhten Preisen auf dem gesamten Markt deutlich Plus zu machen – hat zur „Initiierung von Marktpreissprüngen und zur Absicherung von Marktpreiseinbrüchen beigetragen“. An der EEX werden nur rund 20 Prozent der Großhandelspreise gehandelt, aber dieser Preis bestimmt den Markt der übrigen 80 Prozent. So kann an einem überschaubaren Markt relativ leicht manipuliert werden.

E.ON hat die Großhandelspreise an der Strombörse EEX manipuliert und nachweislich Kraftwerksleistungen zurückgehalten, um die Preise weiter nach oben zu treiben.

An einem Beispiel zeigen die Unterlagen des Bundeskartellamts, wie E.ON durch einen gezielten Kraftwerksstillstand zwar 25 Millionen Euro minus machte, aber 40 Millionen Euro plus durch gestiegene Marktpreise in Folge der Verknappung verbuchen konnte. „Der so entstandene Saldo von plus 15 Millionen Euro verdeutlicht damit, dass Kraftwerksstilllegung und damit verbundener Preissteigerung durchaus eine für den Konzern vorteilhafte Alternativstrategie (...) sein kann.“⁴

„E.ON dokumentiert auf diese Weise die Preispolitik eines Marktbeherrschers, der keine Rücksicht auf seine Kunden nehmen muss.“

Bundeskartellamt 2006

Die Beweismittel zeigen auch, dass E.ON und RWE sich regelmäßig auf vertraulicher Ebene über ihre Unternehmensstrategien und konkreten Kraftwerksprojekte im In- und Ausland austauschten und so ihre Duopol-Stellung festigten. Die ausgetauschten Informationen stellen im normalen Umgang zwischen Wettbewerbern „Geschäftsgeheimnisse“ dar, Binnenwettbewerb liege somit nicht vor, urteilt das Bundeskartellamt.

Die vier großen Energiekonzerne tauschten auch Verhaltensparameter aus, in wie weit sie Kostensenkungen durch Kartellamtsverfügungen bei Netznutzungsentgelten weitergeben – oder eben nicht weitergeben. Auch Absprachen über konkretes Verhalten in Bezug auf die Strombörse und Preiseffekte von CO₂-Zertifikaten sind dokumentiert. Die Dokumente beweisen endlich, dass E.ON Dritte daran hindert, Zugriff auf Stromerzeugungskapazitäten zu bekommen, um ihre Machtposition nicht zu verlieren.

„Eigentlich schade, dass sich die EU-Kommission auf den Kuhhandel Netz gegen Verfahrenseinstellung eingelassen hat. Wer so krass gegen Kartellrecht verstößt, müsste hart bestraft werden“, sagt Heffa Schücking von urgewald.

U wie unersättlich

Die Energiekonzerne scheinen überall zusammen zu arbeiten, nur nicht dort, wo sie sollen. Das Energiewirtschaftsgesetz schreibt den Netzbetreibern vor, bei der Regelernergie zu kooperieren, um den Aufwand für diese Ausgleichsenergie möglichst niedrig

zu halten.⁵ Doch gerade an diesem Punkt, der Kosten senken würde, sprechen sich die kommunikativen Manager nicht ab. Für einen Zufall hält dies die Bundesnetzagentur nicht und hat ein Missbrauchsverfahren eingeleitet.⁶ 800 Millionen Euro soll der Schaden für die Verbraucher in den Jahren 2006 und 2007 betragen haben. 800 Millionen Euro, die hätten eingespart werden können und die zuviel gezahlt worden sind.

K wie Kuhhandel?

Manche Kritiker sprechen von einem ‚Kuhhandel‘, auf den sich die EU-Kommission mit E.ON eingelassen hat. Wer so offensichtlich gegen EU-Wettbewerbsrecht verstoße, müsse auch bestraft werden, so ihr Tenor. Worauf verzichtet der Konzern wirklich, wenn er sein Übertragungsnetz und ein Fünftel seines Kraftwerksparks in Deutschland abstößt?

Das Netz der Düsseldorfer ist besonders groß. Wie ein breites Band zieht es sich von der dänischen Grenze quer durch Deutschland bis hinein in den tiefen Südosten. E.ON hat über Jahre hinweg beträchtliche Netzgebühren abkassiert – 30 Prozent des Strompreises und mehr – ohne genügend in die Netze zu investieren. Nach Angaben des Bundes der Energieverbraucher nehmen die Konzerne 17 bis 20 Milliarden Euro über Netzentgelte ein. In das Stromnetz investieren sie aber nur zwei bis drei Milliarden. Das Netz ist überaltert und weist mittlerweile einen „enormen Investitionsbedarf“ auf, so eine Studie des Allianz Zentrums für Technik.⁷ Langfristig sei „mit zunehmend gleichzeitigen Ausfällen und schlimmstenfalls mit einer nicht mehr beherrschbaren Eskalation zu rechnen.“

Es gibt viele Spekulationen, wer sich nun um die von E.ON vernachlässigten und heruntergewirtschafteten Netze kümmern wird. Verbraucherschützer, Linkspartei und die Grünen fordern den Einstieg des Staates. Stromnetze in Konzernhand behinderten den Ausbau erneuerbarer Energien, ein Verkauf an Finanzinvestoren verstärkte die vorhandenen Probleme. E.ON selbst hat die Gründung einer Netz-AG vorgeschlagen, verhandelt aber den Medien zufolge auch mit ausländischen Unternehmen. Der Konzern wird den Netzen keine große Träne nachweinen, denn die Zeit

der Riesengewinne ist vorbei. Stromnetze werfen zwar heute noch Rendite ab, aber die Bundesnetzagentur schmälert diese zusehends. Wer sein Kapital anderswo investiert, könnte mittlerweile sogar höhere Gewinne erwirtschaften. So denkt E.ON.

Auch die ‚Strafe‘, Anteile des Kraftwerksparks in Höhe von 4.800 Megawatt in Deutschland zu reduzieren, passt überraschend gut in die europäische Expansions-Strategie des Konzerns. Derzeit hat E.ON weniger als die Hälfte seiner weltweiten Erzeugungskapazitäten von rund 50.000 Megawatt in Deutschland. „Dieser Anteil wird sinken, weil wir stärker im Ausland investieren werden“, so Bernotat im März 2008 im Interview mit der Welt. Zudem gehöre es zu einer „vernünftigen Risikostreuung“, sich von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen eines Landes weniger abhängig zu machen. „Wir können, auch aus politischen Gründen, in Deutschland nicht mehr wachsen. Und angesichts massiver politischer Forderungen aus allen Bereichen und Parteien schien es uns sinnvoll, Marktpositionen und damit Angriffsfläche zu reduzieren.“

Für den Wettbewerbsrüder E.ON ist der EU-Deal somit eine rundum gelungene Lösung. Statt milliardenschwere Strafgeder zu zahlen, kann der Konzern Ballast abwerfen, um sich zu neuen Ufern aufzumachen.



Die „großen Vier“ – E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall – besitzen rund 85 Prozent der Kraftwerkskapazitäten und 95 Prozent der Stromnetze in Deutschland. Ihre Oligopolstellung nutzen sie mit allen Mitteln, um ihre Marktmacht zu stärken und den Strompreis weiter nach oben zu treiben.

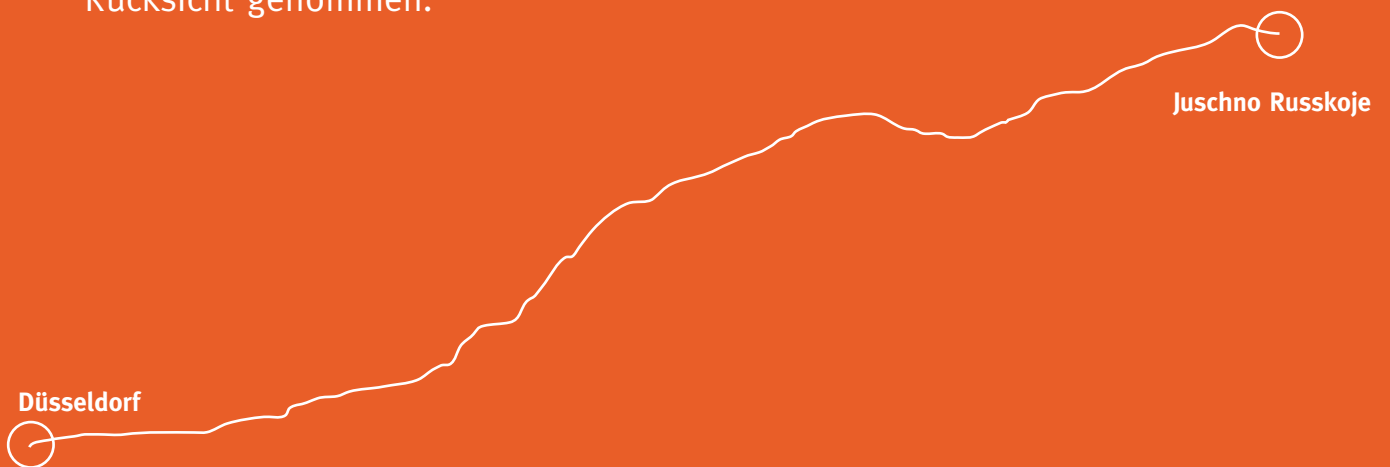
- 1 Durchschnittserlös ohne Mehrwertsteuer und Stromsteuerrückerstattungen, aber mit Netznutzungsentgelten, Stromsteuer, Konzessionsabgabe und Abgaben für EEG und KWK: 15,36 c/kWh (2006)
- 2 Mehr dazu: „Strom und Gas 2007: Wettbewerbsdefizite und zögerliche Regulierung“, Sondergutachten der Monopolkommission, 6.11.2007
- 3 Kartellverwaltungssache E.ON Energie AG u.a. ./ Bundeskartellamt, Gesch.-Z. BB-21/03 B, 30.11.2006 Mitarbeiter des Bundeskartellamts waren der EU-Kommission bei der Durchsuchung im Mai 2006 behilflich.
- 4 ebda.
- 5 Regelennergie gleicht Abweichungen zwischen dem Verbrauch der Kunden (Nachfrage) und der Einspeisung (Angebot) aus. Das unabgestimmte Vorgehen führt zu der absurden Situation, dass im Übertragungsnetz A eine Unterdeckung ausgeglichen wird, während zeitgleich eine Überspeisung im Netz B zum Ausgleich hätte genutzt werden können.
- 6 Antragsteller sind Lichtblick und der Bundesverband Neuer Energieanbieter (BNE). Gutachten: „Untersuchung des Einsparpotenzials bei der regelzonenübergreifenden Saldierung“, LBD-Beratungsgesellschaft 02.03.2008
- 7 „Risiken der Stromversorgung“, Allianz Zentrum für Technik, 20.02.2006



Durch Gasförderung bedroht: das Volk der Nenzen. Foto: W. Blümel

Gas

E.ON ist der größte Gasversorger in Deutschland. Unter Klimagesichtspunkten gilt Erdgas als der umweltfreundlichste unter den fossilen Brennstoffen. Doch in den russischen Fördergebieten wird weder auf Mensch noch Natur Rücksicht genommen.



Der Gassektor hat einen noch höheren Konzentrationsgrad als der Stromsektor. Er war jahrzehntelang geradezu immun gegen jeglichen Liberalisierungsversuch. Und E.ON Ruhrgas ist das größte Ferngasunternehmen in Deutschland mit dem längsten Gasnetz und den meisten Speicherkapazitäten. Rund 60 Prozent des gesamten Gasimports – hauptsächlich aus Russland und Norwegen – gehen über E.ON Ruhrgas, die an einem Drittel aller regionalen Gasversorger direkt oder indirekt beteiligt ist.¹

A wie ‚Alles meins‘

Neue Produzenten haben kaum eine Chance, in den Gasmarkt einzusteigen. Ein aktuelles Beispiel: Eine Tochtergesellschaft vom Ökostromanbieter LichtBlick plante den Bau eines Gaskraftwerks bei Lubmin. Das Projekt wurde genehmigt, dem Bau schien nichts im Wege zu stehen. Das Werk braucht Gas von einem externen Zulieferer. Dieser verweigerte die Lieferung jedoch und das Projekt musste verkauft werden. Das Pikante: der Zulieferer sollte E.ON Ruhrgas sein, der Käufer des gescheiterten Projekts wurde E.ON. Im Februar 2008 hat E.ON eine Absichtserklärung mit Gazprom für den gemeinsamen Bau und Betrieb des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks unterzeichnet, bestätigt ein Sprecher von E.ON Kraftwerke. Lubmin liegt in der Nähe des Anlandepunkts der künftigen Nord-Stream-Leitung durch die Ostsee, über die das Erdgas geliefert werden soll.²

„E.ON hat uns bezüglich eines Gasvertrages hingehalten und am Ende entschieden, dass sie uns kein Gas geben werden“, sagt LichtBlick-Sprecher Gerno Lücking. Statt kleinere Firmen in den Markt einsteigen zu lassen, macht E.ON das lukrative Geschäft selbst.

Preistreiberei

Marktführer E.ON hat zum Jahresbeginn 2008 die Gaspreise mal wieder um bis zu neun Prozent angehoben. Als Grund nennt der Konzern den hohen Ölpreis. Dabei ist die so genannte Ölpreisbildung, ein Relikt aus den 60er Jahren, um Gas wettbewerbsfähig zum Heizöl zu machen, mehr als umstritten.³ Im Grunde handelt es sich um ein Kartell. Für das Bundeskartellamt ganz klar ein wettbewerbsbehinderndes Instrument, das es in

Ländern wie Großbritannien oder den USA nicht gibt. Doch der neue E.ON Ruhrgas-Chef Bernhard Reutersberg pocht auf die Bindung: „Der Ölpreis wird die Leitwährung bleiben.“ Angesichts der zu erwartenden Ölpreisentwicklung eine explosive Aussage – für den Geldbeutel der Kunden.

Verbraucherschützer raten, Preiserhöhungen abzulehnen. Die Gasimportpreise sind 2007 im Jahresvergleich um 7,4 Prozent gesunken. Trotzdem hebt E.ON die Preise an. Warum zahlen Verbraucher mehr, wenn die Bezugspreise zurückgegangen sind? „Die von den Energiekonzernen selbst erfundene Ölpreisbindung dient einzig und allein der Gewinnmaximierung. Mit den tatsächlichen Kosten hat sie nicht das Geringste zu tun“, sagt Energieexpertin Regine Richter von urgewald.

Im März 2008 hat das Bundeskartellamt ein neues Missbrauchsverfahren gegen mehrere Gasversorger eingeleitet, darunter fünf E.ON-Unternehmen. Der Vorwurf: „Gaspreise in einer Höhe, die sie bei funktionierendem Wettbewerb nicht fordern könnten“, so Kartellamtspräsident Bernhard Heitzer. Schon 2005 geriet Monopolist E.ON Ruhrgas ins Visier der Kartellwächter wegen Preishöhenmissbrauch und Marktabschottung. Anfang 2006 verbot das Bundeskartellamt E.ON Ruhrgas langfristige Lieferverträge mit Stadtwerken abzuschließen. E.ON hinderte nämlich Stadtwerke daran, zu einem anderen Anbieter zu wechseln und versucht alles, um Gewinnmargen zu sichern und Kunden an sich zu binden.

- 1 Bundeskartellamt B 8 – 113/03 – 1, 13.01.2006
- 2 Am Pipeline-Konsortium Nord Stream halten E.ON und BASF Anteile von je 24,5 Prozent, mehrheitlich gehört es Gazprom. Aufsichtsratschef ist Altkanzler Gerhard Schröder. Die Ostseepipeline trifft auf massiven Widerstand von Politikern und Umweltschützern in den Anrainerstaaten.
- 3 Durch die Ölpreisbindung, die als Branchenvereinbarung nicht gesetzlich verankert ist, folgen die Gaspreise mit einigen Monaten Verzug den Ölpreisen. Die Versorger verwenden dafür komplizierte Umrechnungsformeln.
- 4 OGK-4 betreibt vier Gaskraftwerke und ein Kohlekraftwerk in Höhe von insgesamt 8.600 Megawatt.
- 5 „Wintershall profitiert vom hohen Ölpreis“, Reuters, 09.04.2008
- 6 „Energieriesen“, SpiegelOnline, 17.12.2007: www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,523914,00.html
- 7 “Russia: Inadequate Priority Given to Energy Efficiency and Climate Protection”, DIW Weekly Report 1/2008.
- 8 „Gasförderung im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen“, GFBV, 25.04.2006

Russlandgeschäfte

Zwei Energieriesen versprechen sich eine ertragreiche Zusammenarbeit: E.ON will sich am russischen Erdgasfeld Juschno Russkoje beteiligen. Dafür soll Gazprom Anteile an Kraftwerken und Gasspeichern in Europa erhalten, teilte E.ON im Dezember 2007 mit. Die genaue Bewertung der Beteiligungen stehe noch nicht fest.

Gas.on und Eprom

Der russische Staatskonzern ist der größte Gasmonopolist weltweit. Mit rund tausend Tochterfirmen kontrolliert er alle Elektrizitätswerke des Landes und besitzt das größte Pipelinesystem der Welt. E.ON – mit einem Aktienpaket von 6,43 Prozent größter Auslandsaktionär bei Gazprom – hat traditionell gute Verbindungen zum Erdgas-Giganten. Burckhard Bergmann, bis vor kurzem E.ON Ruhrgas-Chef, sitzt seit acht Jahren im Gazprom-Aufsichtsrat. Im März 2008 ging „Mr. Gas“ bei E.ON in Ruhestand, bleibt aber Russland-Beauftragter des Konzerns.

Mit der Übernahme von OGK-4 im Oktober 2007 will E.ON groß in den russischen Gas- und Strommarkt einsteigen.⁴ Mehrere Milliarden Euro will Bernotat ins russische Erdgasgeschäft stecken, auch wenn die Verhandlungen mit Gazprom über Juschno Russkoje immer wieder stocken. Zwar hat E.ON schon im Juli 2006 ein Rahmenabkommen unterzeichnet, doch seitdem verhandelt Gazprom nach „was das Zeug hält“, sagen interne Beobachter. Angeblich wolle Gazprom auch eine Beteiligung an der E.ON-Tochter Thüga, so die Gerüchteküche. Fakt ist: Die Düsseldorfener wollen einen Anteil von 25 Prozent an dem sibirischen Gasfeld erhalten. BASF-Tochter Wintershall hält inzwischen schon 35 Prozent.⁵ In Juschno Russkoje lagern 600 Milliarden Kubikmeter förderbares Gas, das u. a. ab 2010 durch die Ostseepipeline nach Deutschland fließen soll. E.ON peilt eine jährliche Erdgasproduktion von zehn Milliarden Kubikmetern an – davon sollen sechs Milliarden aus Sibirien kommen.⁶

Umweltzerstörung

Während die Einfuhr von Gas und Öl Energiesicherheit auf dem deutschen Energiemarkt garantieren soll, führt sie zu ökologischen und humanitären Katastrophen in den Fördergebieten. Das Deutsche Institut für

Wirtschaftsforschung Berlin warnt: Bei der russischen Energiepolitik kommen Energieeffizienz und Klimaschutz zu kurz. Russland nehme im Klimapolitikprozess eine bremsende Funktion ein.⁷

Die Öl- und Gasreserven der Russischen Föderation befinden sich fast ausschließlich in Westsibirien und auf der Insel Sachalin. Auf der Jamal-Halbinsel in Nordwest-Sibirien, wo der Großteil der russischen Gasreserven lagert, leben fast 5000 Ureinwohner, die Nenzen. Ihre Existenzgrundlage ist durch das Mega-Projekt Juschno Russkoje, das mit bis zu acht Pipelines ihr Land und die Rentierweiden durchschneiden wird, akut bedroht. Schon die Erkundungsarbeiten für die Gasausbeutung richteten große ökologische Schäden an. Die Vegetationsschicht ist hauchdünn, tiefe Bodenspuren halten an die hundert Jahre. Raupenfahrzeuge haben bisher über 40.000 Hektar Weide unwiederbringlich zerstört. Die Ausbeutung des riesigen Gasfelds treibt die Ureinwohner, die kaum eine Chance auf alternative Einkommensquellen zu Jagd, Fischfang oder Rentierzucht haben, in die Armut.

„Mit einer Kooperation E.ONs ist die Existenz der Ureinwohner auf der sibirischen Halbinsel Jamal durch deutsche Beteiligung nachhaltig bedroht.“

Gesellschaft für bedrohte Völker, Februar 2007

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) fordert von E.ON, dass der Konzern seine Verantwortung für die Ureinwohnergruppen in den russischen Gasfördergebieten wahrnimmt, sie an Entscheidungsprozessen beteiligt und Umweltstandards einhält.⁸ Bisher gebe es keine unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfung. Meist werden Lizenzen über Gebiete vergeben, auf die indigene Völker Anspruch erheben, bevor die Landrechte geklärt sind. Die indigenen Völker werden also faktisch enteignet.

„E.ON muss mit Vertretern der indigenen Gruppen verhandeln und in Sibirien für deren Überleben Verantwortung übernehmen“, sagt Sarah Reinke, Referentin der GfbV. „Der enge Kontakt zum russischen Gasmonopolisten Gazprom muss auch für die Interessen der russischen Ureinwohner und nicht nur aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus genutzt werden.“

Anfang 2006 verbot das Bundeskartellamt E.ON Ruhrgas langfristige Lieferverträge mit Stadtwerken abzuschließen. E.ON hinderte nämlich Stadtwerke daran, zu einem anderen Anbieter zu wechseln und versucht alles, um Gewinnmargen zu sichern und Kunden an sich zu binden.



GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE VÖLKER

Kleine Völker Sibiriens leben
- E.ON trägt Mitverantwortung

www.gfbv.de



CKER

gesellschaft
für bedrohte
völker

n auf dünnem Eis

ntwortung!

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) fordert von E.ON, dass der Konzern seine Verantwortung für die Ureinwohner in den russischen Gasfördergebieten wahrnimmt, sie an Entscheidungsprozessen beteiligt und Umweltstandards einhält. Foto: GfbV



Foto: Spotlight-Studios (fotofoto)

Lobby

Das Personalkarussell zwischen Politik und Energiekonzernen dreht sich immer weiter. Kein energiewirtschaftliches Gesetz wird verabschiedet, in das die Repräsentanten der großen Vier nicht hineinredigieren. E.ON und Co. bestimmen die Spielregeln – „dem deutschen Volke“ zum Wohle?

E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall haben ihre Marktmacht bestens organisiert – mit tatkräftiger Hilfe der Politik. Statt den Wettbewerb zu fördern, hat die Politik das Monopol der Konzerne gefestigt. Denn die Unternehmen haben über Jahrzehnte hinweg dichte Beziehungen zu Ministern, Abgeordneten, Staatssekretären, Landräten und Bürgermeistern, aber auch zu wissenschaftlichen Gutachtern und Beratern aufgebaut.

Strippenzieher

In Berlin residiert Deutschlands größter Energiekonzern, der „rote Riese“ E.ON, unter der Adresse: Unter den Linden 38. Geschätzte 500 000 Euro pro Jahr lassen sich E.ON und Co. jeweils ihre Repräsentanzen kosten.¹ Das ist ihnen die politische Einflussnahme wert. So wird kein energiewirtschaftliches Gesetz verabschiedet, in das die Repräsentanten der großen Vier nicht maßgeblich hineinredigieren. Oft werden ihre Anmerkungen sogar wortwörtlich übernommen. 2005 zeigt die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes deutlich die engen Verflechtungen zwischen der Energiebranche und dem Wirtschaftsministerium. Manche Papiere zur Reform des Gesetzes trugen sogar noch das Faxkennzeichen der E.ON-Tochter Ruhrgas.²

Die Branche – allen voran E.ON – schaffte es, die neu eingerichtete Aufsichtsbehörde, die Bundesnetzagentur, schon vor dem Start zu entmachten. Einige Instrumente wurden entschärft, andere unter die Aufsicht des Wirtschaftsministeriums gestellt. Schon im Juli 2003 schickte der E.ON-Generalbevollmächtigte Gert von der Groeben ein Grundlagenpapier an Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch, das zu Änderungen zugunsten der Betreiber im noch geheim gehaltenen Energiewirtschaftsgesetz führte.³ Cheflobbyist Groeben ist bestens mit der Politik vernetzt, war er doch vor seiner E.ON-Zeit Energiereferent der SPD-Fraktion. Er gilt als der einflussreichste Interessenvertreter der Energiewirtschaft. Sein größter Erfolg war, das rot-grüne Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung entschärft zu haben.

Megafusion

In der Amtszeit des damaligen Wirtschaftsministers Werner Müller, der aus der Energiebranche in die Politik und wieder zurück wechselte, durfte E.ON mit der Ruhrgas AG fusionieren – über das Verbot des Bundeskartellamts und das Votum der Monopolkommission hinweg, gegen den Mehrheitswillen in der Politik und trotz massiver Kritik der Medien. Den eindeutigen Widerstand konnte E.ON-Chef Ulrich Hartmann einfach ignorieren, denn er hatte viele Verbündete: u. a. Burkhard Bergmann, Ruhrgaschef und Kanzlerfreund, der half die Politik für die Übernahme zu erwärmen, und Werner Müller, der per Ministererlaubnis alle Vetos außer Kraft setzte. Mit 500 Millionen Euro Kompensationsgeldern kaufte sich E.ON frei von Klagen wegen Formfehlern im Prozedere, der eklatanten Wettbewerbsverzerrung und der Monopolisierung des Markts.⁴ Der daraus entstandene Energieriese E.ON ist für viele Kritiker der Sündenfall der deutschen Energiepolitik schlechthin. Müller ist zum Dank dafür ein Jahr später Chef der RAG geworden, an der E.ON zu 39,2 Prozent beteiligt ist.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Herrmann Scheer schätzt die Dunkelziffer der Diener zweier Herren im politischen Berlin als „enorm hoch“ ein. Hinzu kommt das Personalkarussell zwischen Politik und Energiekonzernen. Inzwischen gehört die Versorgung wichtiger Politiker nach Ende ihrer Amtszeit mit lukrativen Jobs wie auch die Praxis von E.ON und Co., bezahlte Angestellte in strategisch wichtige Ministerien zu platzieren, zum festen Repertoire der Energieriesen.

1 C. Gammelin/G. Hamann: „Die Strippenzieher“, Berlin 2006

2 „Lobbyismus in Deutschland – wie Unternehmen Gesetze schreiben lassen“, NDR Info, 17.1.2007

3 Vgl. „Gut vernetzt“, Die Zeit, 18.8.2005

4 Mehr dazu: R. Liedtke: „Das Energiekartell“, Frankfurt am Main 2006

5 Quellen u. a.: „Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer“, Greenpeace, 02/2007; C. Gammelin/G. Hamann: „Die Strippenzieher“, Dezember 2006; 6 Die Altaktionäre E.ON und RWE übertrugen zum

1. Dezember 2007 ihre Anteile an der Evonik vollständig auf die RAG-Stiftung.

Atomfreunde

Die Lobbyisten der Atomkonzerne hoffen darauf, dass es nach der Bundestagswahl 2009 eine Mehrheit für eine Laufzeitverlängerung geben wird. Sie schmieden schon Pläne, wie die künftige Regierung unter Druck gesetzt werden kann. SPD, Grüne und die Linken betonen immer wieder ihren Willen zum Ausstieg, doch die Atomlobby lässt nichts unversucht.

Einfluss auf die Sozialdemokraten nimmt z.B. Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie. Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von E.ON und Atomkraft-Befürworter lädt der Gewerkschafter gerne zu Treffen hinter verschlossenen Türen ein. Im aktuellen IG BCE-Positionspapier zur Energiepolitik wird die „Weiterentwicklung der Kerntechnik bis hin zur Kernfusion“ gefordert. Die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke sollen nicht vom Atomgesetz, sondern „vom Sicherheitsnachweis der Anlagen abhängig“ gemacht werden. Was das bedeuten kann, sieht man am Beispiel Brunsbüttel: Nach etlichen Jahren sind noch immer zahlreiche Punkte der Mängelliste nicht behoben worden, doch das Kraftwerk läuft trotzdem weiter.

„Die Verzahnung zwischen Energieriesen und Politik stellt die Grundfesten unserer Demokratie in Frage“, sagt urgewald-Geschäftsführerin Heffa Schücking. „Das ‚Gerdprom-Modell‘ scheint immer mehr um sich zu greifen und dementsprechend gewinnt man den Eindruck, dass es sich bei vielen politischen Entscheidungen letztlich um ‚gekaufte‘ Entscheidungen handelt.“



Doppelspiel⁵**+++ Wilfried Czernie +++**

Nach seiner Zeit in der Energieabteilung des Bundeswirtschaftsministerium in Bonn arbeitete er als **Generalbevollmächtigter der E.ON Ruhrgas**. Seit 2006 ist Czernie Leiter der Berliner Repräsentanz der RAG, einer Tochter von E.ON und RWE.

+++ Björn Engholm +++

Der zum Veba-Konzern gehörenden PreußenElektra gelang es 1994, den früheren Ministerpräsidenten und SPD-Bundevorsitzenden zu engagieren. Der Sozialdemokrat sei aufgrund seiner Kontakte als Berater sehr wertvoll, so damals **PreußenElektra (heute E.ON Energie)**. Engholm arbeitete für einen der wichtigsten Kernkraftwerks-Betreiber, obwohl er sich als Ministerpräsident und Kanzlerkandidat für den Atom-Ausstieg ausgesprochen hatte.

+++ Michael Glos +++

Der Bundeswirtschaftsminister ist mit der deutschen Energiewirtschaft eng vertraut. Bis Dezember 2004 war er im **Beirat der E.ON Bayern AG und der Thüga**. Die EU-Kommission will ab 2012 alle Zertifikate auktionieren, doch die Energiebranche hält mit Unterstützung von Glos dagegen. Sein Ministerium steht wie immer treu Seite an Seite mit den deutschen Energieriesen. Auf Kosten der Verbraucher und auf Kosten der Umwelt.

+++ Walter Hohlefelder +++

Bis 1994 Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium, anschließend in **leitender Position bei Veba** tätig. Hohlefelder war bis März 2008 im **Vorstand von E.ON-Energie** und im **Aufsichtsrat der Urenco**. Zeitgleich war er seit April 2004 Präsident der **Lobbyorganisation Deutsches Atomforum**, in der die gesamte Atombranche vertreten ist.

+++ Joachim Lang +++

Der ehemalige Mitarbeiter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war zuletzt Referatsleiter im Kanzleramt für die Koordinierung der Europapolitik, bis er im Oktober 2007 die **Leitung der E.ON-Repräsentanz in Berlin** übernahm. Im Bereich **„Economic and Public Affairs“** wird er mit Kollege Gert von der Groeben die Kontakte von E.ON zur Bundespolitik koordinieren.

+++ Werner Müller +++

Als Bundesminister sorgte er 2002 für die umstrittenste Fusion in der Geschichte der deutschen Energiepolitik: Durch die Übernahme von Ruhrgas wird E.ON zum Branchenriesen. Um jeglichen Zusammenhang mit seiner früheren Tätigkeit als **Manager der Veba (Vorgänger E.ON)** auszuschließen, delegierte er die Entscheidung über die Ministererlaubnis an seinen Staatssekretär Alfred Tacke. Danach kehrte er zurück zu seinen Wurzeln: Seit 2003 sitzt Müller auf dem **Chefsessel des RAG-Konzerns**. Seit 2007 ist er **Vorstandsvorsitzender der Evonik**.

+++ Heinz Riemer +++

Wie Czernie wechselte auch Riemer von der Energieabteilung des Wirtschaftsministeriums zu **E.ON**. Seit 1994 als **Leiter des Bereiches Energiepolitik bei E.ON Ruhrgas**.

+++ Gunda Röstel +++

Die ehemalige Grünen-Sprecherin wurde im Jahr 2000 **Managerin der Gelsenwasser AG, der „grünen Seele E.ONs“**, wie die Expolitikerin damals die Konzerntochter nannte.

+++ Gerhard Schröder +++

Der Ex-Bundeskanzler ist seit März 2006 **Vorsitzender des Aufsichtsrats des Pipeline-Konsortiums NEGP**. An der Gesellschaft, die die Ostsee-Pipeline von Russland nach Deutschland bauen und betreiben wird, sind E.ON und BASF zu je 24,5 Prozent und Gasprom zu 51 Prozent beteiligt. Als Kanzler verhalf Schröder mit allen Mitteln diesem Projekt auf die Sprünge, jetzt verdient er am Erfolg mit.

+++ Alfred Tacke +++

Dem ehemaligen Staatssekretär bescheinigte der Kartellsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf „gravierende Verfahrensfehler“ beim **E.ON-Ruhrgas-Deal**. Doch ohne gravierende Folgen, im Gegenteil: Tacke fand einen lukrativen Posten als **Vorstandsvorsitzender beim Steinkohleverstromer Steag**. Die Steag AG (heute Evonik) gehörte zum RAG-Konzern, an dem wiederum die von Tacke begünstigte E.ON mit knapp vierzig Prozent beteiligt war.

+++ Petra Uhlmann +++

Die frühere CDU-Umweltministerin in Mecklenburg-Vorpommern ist heute **Pressesprecherin bei E.ON-Kernkraft, der Tochter von E.ON Energie**.

+++ Tina Zierul +++

Die Berliner Lobbyistin von E.ON schickte der Konzern ins **Auswärtige Amt**. Dort arbeitet sie ein Jahr lang im Planungsstab, weiter **bezahlt von E.ON**. Im Juni 2007 kehrt sie an ihren alten Arbeitsplatz bei E.ON zurück.

Die Unternehmen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall haben über Jahrzehnte hinweg dichte Beziehungen zu Ministern, Abgeordneten, Staatssekretären, Landräten und Bürgermeistern, aber auch zu wissenschaftlichen Gutachtern und Beratern aufgebaut.



Brand im AKW Krümmel. Foto: Greenpeace

Atom

E.ON ist in Deutschland der größte Produzent von Atomstrom: Er ist an 11 von 17 laufenden Atomreaktorblöcken beteiligt. Der Brand in Krümmel ist nur einer von vielen Störfällen, die zeigen, wie gefährlich diese Technik ist. Trotzdem will E.ON im Ausland neue Atomkraftwerke bauen.

Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie. Die Sicherheitsbilanzen der von E.ON geführten Atomkraftwerke machen deutlich, dass ein katastrophaler Atomunfall hier keineswegs ausgeschlossen werden kann.

Brokdorf (80% E.ON) ☹️ 210
Brunsbüttel (33,3% E.ON) ☹️ 420
Unterweser (100% E.ON) ☹️ 310
Grafenrheinfeld (100% E.ON) ☹️ 200
Grohnde (83,3% E.ON) ☹️ 190
Gundremmingen B+C (je 25% E.ON) ☹️ je 90

Krümmel (50% E.ON) ☹️ 300
Lingen/Emsland (12,5% E.ON) ☹️ 110
Ohu/Isar 1 (100% E.ON) ☹️ 180
Ohu/Isar 2 (75% E.ON) ☹️ 110
Würgassen (stillgelegt) (100% E.ON)
Stade (stillgelegt) (66,7% E.ON)

☹️ Meldepflichtige Ereignisse (Stand 2007) Quelle:www.greenpeace.de

Die Pannenreaktoren Brunsbüttel und Krümmel stehen nach den schweren Störfällen vom Sommer 2007 im Frühjahr 2008 immer noch still, sollen aber nach dem Willen der beiden Betreiber E.ON und Vattenfall zeitnah wieder angefahren werden. Beide Reaktoren weisen schwere Sicherheitsdefizite auf und sind sehr pannen anfällig. Meilenweit entfernt vom Stand von Wissenschaft und Technik ist nach übereinstimmender Überzeugung der Fachleute insbesondere das Notstromsystem in Brunsbüttel. Auch hier könnte es zu einem dramatischen Ausfall von Sicherheitssystemen wie im Juli 2006 im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark kommen. Seinerzeit entglitt der Reaktorbedienung zeitweilig die Kontrolle über den Reaktor. Der Wasserstand im Reaktordruckbehälter sank. Stromausfälle im Innern des Reaktors führten dazu, dass die Monitore in der Leitwarte teilweise ausfielen, ebenso Messfühler im Innern des Reaktors. Etwa zwanzig Minuten wurde der Reaktor im „Blindflug“ gefahren.

Ungeachtet der im Atomkonsens vereinbarten Restlaufzeiten möchte E.ON das AKW Brunsbüttel länger in Betrieb lassen. Dabei hofft der Konzern auf eine atomfreundlichere Regierung, die nach der Bundestagswahl 2009 den Atomausstieg kippt. E.ON nutzt ohnehin jede Gelegenheit, um für den Ausstieg vom Ausstieg zu kämpfen. Sei es der Klimawandel: „Jeder, der den Klimaschutz ernst nimmt, muss sich fragen, warum nur wir in Deutschland auf die Kernkraft verzichten wollen...“ Oder seien es die Neubaupläne anderer Länder: „Der Ausstieg führt Deutschland international in die Isolation“, so der Präsident des von E.ON mitfinanzierten Deutschen Atomforums. „Das ist kompletter Humbug“,

sagt der Atomexperte Jan Haverkamp von Greenpeace. „Von 191 UNO-Staaten betreiben nur 31 Atomkraftwerke. Selbst wenn man die EU betrachtet, stellt man fest, dass 12 Länder keine Atomkraftwerke betreiben und dass von den restlichen 15 fünf Länder Ausstiegsszenarien beschlossen haben.“

Alle Erkenntnisse, die für einen Atomausstieg sprechen, werden von E.ON beherzt ignoriert. Zum Beispiel die Ergebnisse der Kinderkrebsstudie, die im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz im Dezember 2007 veröffentlicht wurden. Darin wird eindeutig nachgewiesen, dass Kinder umso häufiger an Leukämie erkranken, je näher sie an einem Atomkraftwerk wohnen.³

Störfälle⁴

Brunsbüttel: 1978 entweichen durch ein Leck zwei Tonnen radioaktiver Dampf. Der Reaktor läuft fast drei Stunden weiter, obwohl er sich innerhalb von fünf Minuten hätte automatisch abschalten müssen. 2001 passiert der schwerste Unfall: eine Wasserstoffexplosion zerfetzt eine Rohrleitung in unmittelbarer Nachbarschaft des Reaktordruckbehälters. Zwei Monate lang wird der Reaktor nach der Explosion weiterbetrieben, bevor Techniker auf Druck der Aufsichtsbehörden endlich den Schaden vor Ort inspizieren. Brunsbüttel blieb wegen Pannen und Mängeln insgesamt sechseinhalb Jahre außer Betrieb. Am 28. Juni 2007 wird der Reaktor nach einem Kurzschluss in einer Schaltanlage automatisch heruntergefahren. In Folge des Kurzschlusses kommt es zu einem Schmelbrand im Bereich einer Turbine und zur Erweiterung von Rissen in Rohrabdeckungen. Drei Tage später soll Brunsbüttel wieder ans Netz gehen, wobei es

beim Wiederanfahren zweimal offenbar durch Fehlbedienungen des Personals zu Absperungen im Reaktorwasserreinigungssystem kommt. Am 9. Juli 2007 müssen die Betreiber einräumen, dass sich erneut Wasserstoff in einem Messsystem innerhalb des Sicherheitsbehälters ansammelt, weshalb die Leitungen gespült werden müssen. Im Juli 2007 legt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) eine Analyse der geheimen Sicherheits-Mängelliste vor, wonach 165 gravierende Sicherheitsnachweise nach wie vor nicht erbracht worden sind. Wegen zahlreicher Mängel und Probleme steht das Kraftwerk im April 2008 weiter still, der Zeitpunkt, wann es wieder angefahren werden soll, ist unklar.

Brokdorf: 1988 weisen die Kupplungen der vier Notspeise-Dieselmotoren Mängel auf. 1993 muss die Anlage abgeschaltet werden, da aus einem Reinigungssystem Schwefelsäure in den sekundären Kühlkreislauf fließt. 1995 werden 25 undichte Brennelemente entdeckt. Im März 2005 werden an den Schaltern für drei Not- und Nachkühlpumpen Defekte entdeckt. Im März 2008 führt ein Kurzschluss zu einem Brand.

Krümmel: : In der Umgebung häufen sich Fälle von Leukämie bei Kindern. Ab 1985 verteilen sich Korrosionsprodukte von Brennelementen im Kühlkreislauf und führen zu erhöhter Strahlenbelastung des Personals. Ende Juni 2007 bricht in Krümmel ein Brand aus. In einer Trafostation hat sich Kühlflüssigkeit entzündet. Der Störfall eskaliert unter anderem, weil giftige Rauchgase aus dem Transformatorbrand ungewollt in die Leitwarte geleitet werden und das Personal fürchtet, die Warte verlassen zu müssen. Im Verlauf der sodann eingeleiteten Reaktorschnellabschaltung kommt es zu gravierenden Bedienungsfehlern, die dazu führen, dass der Wasserstand im Reaktorbehälter erheblich sinkt. Im Juli wird ein Leck im Turbinenbereich festgestellt, kurz nachdem falsch befestigte Dübel entdeckt worden sind. Wegen der Pannenserie wird der Reaktor stillgelegt. Die folgende Überprüfung zeigt zahlreiche weitere Probleme (defekte Brennelemente, Risse an Steuerleitung, weiterer defekter Transformator). Deshalb steht das Kraftwerk im April 2008 noch still, der Zeitpunkt, wann es wieder angefahren werden soll, ist unklar.

Unterweser: 1998 geht der Reaktor nach einer Reparatur aus Versehen mit zwei gesperrten Sicherheitsventilen an einer Hauptdampfleitung in Betrieb. Der Fehler im zentralen Sicherheitssystem wird nur durch Zufall entdeckt. 1999 führt ein Leck an einem Stutzen der Hauptkühlmittelleitung zu erhöhter Radioaktivität in den Kraftwerksräumen. Der Reaktor wird abgeschaltet. Im Mai 2005 muss das AKW wegen eines Kurzschlusses im Hauptgenerator vom Netz. Der gesamte, erst zwei Jahre zuvor eingebaute Generator muss ausgetauscht und weitere umfangreiche Reparaturarbeiten müssen durchgeführt werden.

Grohnde: 1985 ist das Hochdruck-Notkühlungssystem nicht einsatzfähig, weil eine der vier Pumpen Gas statt Wasser enthält. Ein Leck im Primärkühlkreislauf hätte somit zur Kernschmelze führen können. Im Jahr 2004 steigt die Abgabe radioaktiver Edelgase gegenüber früheren Jahren auf das 25-fache an. Eine mögliche Erklärung sind undichte Hüllrohre von Brennelementen, obwohl keine derartigen Ereignisse gemeldet worden sind. 2002 liegt die Abgabe von Jod-131 sogar 200-fach über dem normalen Niveau.

Gundremmingen C: 1987/88 lösen verklemmte Vorsteuerventile jeweils die Schnelabschaltung des Reaktors aus. 1998 reißt die Schweißnaht einer Speisewasserleitung, Kühlwasser tritt aus.

Isar 1: 1989 versagt der Teleskoparm der Brennelemente-Wechselmaschine und beschädigt ein Kugellager. 79 Kugeln fallen in den Reaktordruckbehälter, nur 60 werden gefunden. 1991 fallen vier Umwälzpumpen im Kühlwasserkreislauf aus; es kommt zu unvorhersehbaren Schwankungen der Reaktortleistung. 2001 brüstet sich ein Mitarbeiter damit, die Gutachter des TÜV hinters Licht zu führen.

Alle Erkenntnisse, die für einen Atomausstieg sprechen, werden von E.ON beherzt ignoriert. Zum Beispiel die Ergebnisse der Kinderkrebsstudie, die im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz im Dezember 2007 veröffentlicht wurden. Darin wird eindeutig nachgewiesen, dass Kinder umso häufiger an Leukämie erkranken, je näher sie an einem Atomkraftwerk wohnen.³

Auch in Schweden ist E.ON massiv im Atomgeschäft vertreten. Über das Tochterunternehmen E.ON Sverige ist der Konzern an allen zehn laufenden Atomkraftwerken beteiligt. Obwohl in Schweden bereits 1980 der Atomausstieg per Volksabstimmung beschlossen wurde, hält E.ON unbeirrt am Betrieb seiner Atomanlagen fest.

Urananreicherungsanlage Gronau

E.ON betreibt jedoch nicht nur Atomkraftwerke. Der Konzern verdient auch an der Urananreicherung. Dabei wird Natururan in Form von Uranhexafluorid für die Weiterverarbeitung zu Brennelementen angereichert.

Die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage (UAA) steht in Gronau und wird von der multinationalen Firma Urenco Ltd. betrieben. E.ON und RWE besitzen über die Zwischenfirma Uranit insgesamt 33,3 Prozent der Anteile.⁵ E.ON ist mit Urenco auch personell intensiv verbunden. Der Vorstandschef der Urenco ist Helmut Engelbrecht, von 2000 bis 2003 Chef von E.ON Benelux. Stellvertretender Aufsichtsratschef war bis März 2008 Walter Hohlefelder, der zeitgleich im Vorstand von E.ON Kernkraft saß.

Urenco betreibt seit 1985 die UAA in Gronau. Derzeit werden dort 1800 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr geleistet. Damit können rund 15 große Atomkraftwerke weltweit mit Kern-

brennstoff versorgt werden. Die Kunden der Urenco sind über den ganzen Globus verteilt. Die Firma beliefert Atomanlagen in 17 Ländern und ist mit 23 Prozent Marktanteil der größte Urananreicherer weltweit. Die Anlagen in Gronau und Almelo werden so massiv ausgebaut, dass Urenco in wenigen Jahren einen Weltmarktanteil von über 30 Prozent ergattern könnte.

Die Urananreicherung ist auch militärisch äußerst brisant, da nicht zwischen ziviler und militärischer Nutzung getrennt werden kann. So arbeitete der „Vater der pakistanischen Atombombe“ Abdul Qader Khan bei einem Zulieferer von Urenco. Von dort soll er Blaupausen für Zentrifugen zur Urananreicherung gestohlen haben, bevor er sein eigenes Institut gründete. Khan wird verdächtigt, Ländern wie Iran und Libyen Wissen über Atombomben verkauft zu haben. Der Fall Urenco zeigt, dass Atomkraft und Atomwaffen letztlich zwei Seiten einer Medaille sind.

In der UAA Gronau wird Uranhexafluorid für die Weiterverarbeitung zu Brennelementen angereichert. Im Zentrifugenverfahren wird der prozentuale Anteil des spaltbaren Isotops Uran-235 von 0,725 auf 3-6 Prozent erhöht. Seit Jahren protestieren Atomgegner gegen die Anlage. Mitte der neunziger Jahre ermöglichte die Bundesregierung durch eine zwischenstaatliche Vereinbarung, dass Urenco ihr abgereichertes Uran nach Russland abschicken kann. Inzwischen ist Walter Hohlefelder, früher unter der Regierung Kohl für „Reaktorsicherheit und nukleare Entsorgung“ zuständig, zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Urenco bestellt worden.

Uranmüllexporte nach Russland

Bei der Urananreicherung fällt massenhaft abgereichertes Uranhexafluorid (UF₆) als strahlendes Abfallprodukt an. Die Urenco – und damit auch E.ON – hat seit 1996 rund 25 000 Tonnen abgereichertes Uran nach Russland zur Endlagerung geliefert.⁷ Statt den Uranmüll an den eigenen Standorten zu verwerten oder endzulagern, schickt Urenco ihn nach Russland, wo er in geheimen Atomanlagen des Militärs für wenig Geld gerne entgegengenommen wird.⁸

Die geschlossenen Atomstädte Russlands sind ein Erbe der Sowjetunion. Sie haben 10.000 bis 300.000 Einwohner und sind komplett mit Stacheldrahtzäunen umzäunt. Von



Endstation für die Uranfässer der Urenco: Unter freiem Himmel in der geschlossenen Stadt Novouralsk. Foto: Google Earth

außen kann sie niemand ohne besondere Erlaubnis des KGB-Nachfolgers FSB oder des russischen Atomministeriums betreten. Und in diese Städte schickt die deutsche Urenco ihren radioaktiven Abfall zur Endlagerung.⁹ Es handelt sich um vier Orte am Ural und in Sibirien, die über eigene Urananreicherungsanlagen verfügen. Novouralsk in der Nähe der drittgrößten russischen Stadt Ekaterinburg, Angarsk in der Nähe des Baikalsees bei Irkutsk, Seversk in der Nähe von Tomsk und Zelenogorsk bei Krasnojarsk.

Offiziell finden die Transporte unter dem Deckmantel der Wiederanreicherung statt, doch in Wirklichkeit bleiben mehr als 90 Prozent des gelieferten Urans als Abfall auf der offenen Wiese der Atomkombinate liegen.¹⁰ Und da der Urenco-Müll beim Überschreiten der Grenze in russisches Eigentum übergeht, besteht keine Rücknahmepflichtung seitens des Konzerns. Während der Gewinn aus diesem Geschäft an die Urenco und wahrscheinlich auch an hochrangige Mitarbeiter von Rosatom, der staatlichen Atomenergieaufsichtsbehörde geht, gefährdet der hochgiftige und radioaktive Müll die Bevölkerung.

Neben der katastrophalen Lagerung sind auch die Zugtransporte extrem gefährlich. Bei einem Unfall mit anschließendem Brand können die UF₆-Behälter explodieren. Und wenn UF₆ mit Luftfeuchtigkeit in Kontakt kommt, entsteht Fluorwasserstoff, auch Flusssäure genannt. Flusssäure ist aggressiver als Salzsäure und schon in kleinen Mengen tödlich, wenn sie über die Atemwege oder die Haut aufgenommen wird. Da Flusssäure ab einer bestimmten Konzentration in den gasförmigen Zustand übergeht, könnte sie sich bei einem Unfall in der Umgebung verteilen und würde vor allem über die Atemwege aufgenommen. Die UF₆-Transporte führen durch dicht besiedelte Gebiete zu Hauptverkehrszeiten – eine Gefährdung der Bevölkerung auch entlang der Transportstrecke in Deutschland.

Nach unabhängigen Schätzungen würden sich die Produktionskosten der Urenco vervielfachen, wenn sie ihren Atom Müll in Deutschland lagern müsste.¹¹ So bleibt Urenco auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig, während in Russland die strahlenden Müllberge wachsen.

Proteste gegen Urenco und E.ON: Mittlerweile wehren sich die Menschen in Russland gegen das Geschäft mit dem Uranmüll. Zum 20. Jahrestag von Tschernobyl fanden im April 2006 in 12 russischen Großstädten Proteste gegen den Import von Atom Müll statt. Im Oktober 2006 demonstrierten russische und deutsche Atomkraftgegner vor der deutschen Botschaft in Moskau und im März 2007 nahmen russische Atomkraftgegner an einer Kundgebung vor der E.ON-Zentrale in Düsseldorf teil. Im Oktober 2007 demonstrierten in St. Petersburg Umweltschützer trotz Verbots durch die Behörden gegen die Ankunft eines Uranschiffs, genau wie im Januar und März 2008.¹² „Nach russischem Gesetz ist es verboten, Atom Müll ins Land zu bringen“, erklärt Vladimir Slivyak von der Umweltorganisation Ecodefense. „Trotzdem nutzt die Urenco die poststalinistischen Strukturen in den geschlossenen Atomstädten, um weiter ihr dreckiges Geschäft zu betreiben.“

Und mittendrin im dreckigen Geschäft ist E.ON. Auf der Jahreshauptversammlung in Essen 2007 erklärte E.ON-Chef Bernotat: „Wir kennen Russland seit langem sehr gut und haben vielfältige Beziehungen mit dem Land.“ Schlüsselfigur ist dabei der ehemalige E.ON-Vorstand und Ruhrgas-Chef Burckhard Bergmann. Er saß bis März 2008 im Direktorium von Gazprom, zeitgleich ist er Honorarkonsul der Russischen Föderation. Die Adresse des Konsulats: Düsseldorf, Eon-Platz 1. In Nordrhein-Westfalen ist die E.ON-Zentrale sogar die offizielle Außenstelle des Kreml. Den Preis für diese Symbiose zahlen die Menschen in den Atomstädten Russlands.



„Nach russischem Gesetz ist es verboten, Atom Müll ins Land zu bringen“, erklärt Vladimir Slivyak von der Umweltorganisation Ecodefense. „Trotzdem nutzt die Urenco die poststalinistischen Strukturen in den geschlossenen Atomstädten, um weiter ihr dreckiges Geschäft zu betreiben.“

Urencos Urantransporte nach Russland





Auch in Deutschland stellen die Urenco-Transporte eine unkalkulierbare Gefahr dar. Die mit Uranfässern beladenen Züge passieren z.B. auch den Münsteraner Hauptbahnhof. Bei einem Unfall müssten große Teile der Stadt evakuiert werden. Foto: AntiAtomAktuell

In Ahaus wie in Gorleben regt sich seit vielen Jahren entschiedener Widerstand gegen diesen Atommülltourismus quer durch Deutschland und Europa. „Wer nicht mal die Entsorgung des Atommülls im Griff hat, sollte seine Konsequenzen ziehen, statt unbeirrt auf den Ausbau der Atomenergie zu setzen“, sagt Heffa Schücking von urgewald.

Zwischenlager Ahaus

Auch an der Atommülllagerung in Deutschland verdient E.ON sein Geld. Über die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) mit Sitz in Essen ist E.ON der größte private Anteilseigner am Zwischenlager Ahaus. Dort lagern u. a. die Graphitkugeln aus dem stillgelegten Pannereaktor in Hamm-Uentrop, sechs Castor-Behälter aus Gundremmingen und Neckarwestheim sowie 18 Castor-Behälter aus dem ehemaligen DDR-Forschungsreaktor Dresden-Rossendorf. Damit steht die Lagerhalle noch zu 90 Prozent leer.

Nach heutigen Sicherheitskriterien würde das Atommülllager Ahaus nicht mehr genehmigt werden, da es z. B. keinen Flugzeugabsturz aushält. Dennoch pochen die Anteilseigner aus der Atomwirtschaft – allen voran E.ON – auf weitere Einlagerungen. So sollen ab 2009 aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague rund 150 Großbehälter mit hoch verstrahltem Atommüll nach Ahaus gebracht werden. Außerdem sollen stark verstrahlte Anlagenteile aus stillgelegten Atomkraftwerken „unverpackt bzw. in Folie verpackt“¹³ nach Ahaus gebracht werden. Im Klartext: E.ON und die anderen Atomkonzerne würden auf jeden äußeren Schutz gegen die radioaktive Strahlung verzichten.

Bis 2007 besaß E.ON auch über die RAG/STEAG Anteile am Zwischenlager Ahaus. Di-

ese Anteile sind auf die neue Evonik Energy Services übergegangen, eine Firma, die mit dem Anlagenbau für Atomkraftwerke weltweit wirbt.¹⁴ Der Mutterkonzern Evonik gehört bis zum geplanten Börsengang der RAG-Stiftung, in dessen Leitungskuratorium der Bund, die Länder NRW und Saarland sowie die IG BCE angehören.¹⁵ Hat E.ON damit seinen Einfluss auf RAG/STEAG bzw. Evonik verloren? Nein, denn die neuen Anteilseigner machten E.ON-Aufsichtsratschef Ulrich Hartmann zum neuen Vorsitzenden des RAG-Kuratoriums. So kann E.ON dafür sorgen, dass auch weiterhin Atomtransporte nach Ahaus rollen, obwohl die Endlagerung des Atommülls immer noch völlig ungeklärt ist.

Doch in Ahaus wie in Gorleben regt sich seit vielen Jahren entschiedener Widerstand gegen diesen Atommülltourismus quer durch Deutschland und Europa. „Wer nicht mal die Entsorgung des Atommülls im Griff hat, sollte seine Konsequenzen ziehen, statt unbeirrt auf den Ausbau der Atomenergie zu setzen“, sagt Heffa Schücking von urgewald.

E wie – Expansion

„Wir wollen den Ausbau der Kernenergie in Europa.“¹⁶ Sagt E.ON Chef Wulf Bernotat und setzt alles daran, diesen Worten Taten folgen zu lassen. Zum Beispiel in Finnland, wo der Konzern im Mai 2007 mit seinen Neubauplänen am Stadtrat von Loviisa scheiterte.

Finnland: Alles andere als „atomfreundlich“

Die Konzerntochter E.ON Suomi wollte hier 112 Hektar Land kaufen, um ein Atomkraftwerk zu errichten. Die Fläche hielt jedoch nicht den vorgeschriebenen Sicherheitsabstand zu Siedlungen ein und 16 der 27 Stadtratsvertreter stimmten gegen den Verkauf.

Damit gab E.ON sich nicht geschlagen. Stattdessen stieg der Konzern mit 34 Prozent bei der Firma Fennovoima ein, die derzeit vier Standorte für den AKW-Bau in Finnland prüft: Kristinestad, Pyhäyoki, Ruotsinpyhtää und Simo. In Simo hat Fennovoima bereits Landrechte erworben. Allerdings gibt es auch hier Probleme mit dem Sicherheitsabstand. Diesmal scheint das Unternehmen jedoch vorgesorgt zu haben. Der Chef der finnischen Atomaufsichtsbehörde erklärte, dass die betroffenen Dörfer einfach aus der Sicherheitszone ausgenommen werden. Finnische

Umweltschützer bezeichnen dies als zynisch und unverantwortlich.

Am möglichen Standort Ruotsinpyhtää hat Fennovoima ebenfalls bereits Landrechte für den Bau erworben. Dieser Standort befindet sich jedoch in der Nähe der beiden existierenden Atomkraftwerke Loviisa 1 und 2, ein dritter Reaktor ist dort in Planung, so dass die Abwärme aus vier AKW voraussichtlich zu viel Warmwasser für eine Region bedeutet.

In Pyhäyöki besuchten Grundstücksbesitzer erobert das Fennovoima-Büro, nachdem Gerüchte laut wurden, dass Fennovoima hier bauen wolle. Die betroffenen Grundstückbesitzer machten klar, dass sie ihre Flächen nicht zu verkaufen gedenken, befürchteten aber, dass Fennovoima ein Enteignungsverfahren anstrengen könnte.

Besonders entschlossen ist der Widerstand in Kristinestad. Dort hat eine überwältigende Mehrheit der betroffenen Landbesitzer erklärt, dass sie ihr Land nicht verkaufen wollen. Es gab zwei Demonstrationen gegen das Vorhaben und an der öffentlichen Anhörung im Februar 2008 nahmen Hunderte von empörten Bürgern teil. Fennovoimas Konzept, dass die Leute brav der Unternehmenspräsentation zuhören und das Atomkraftwerk gutheißen sollten, ging nicht auf. Teilnehmer beschreiben die Anhörung eher wie die Fankurve in einem Fußballspiel. Eine verschwindende Minderheit sprach sich für die Baupläne aus. „Der Rest sagte im Wesentlichen: Wir verkaufen kein Land an Fennovoima, packt eure Koffer und geht nach Hause“, berichtet die Finnin Ulla Klotzer von den Frauen gegen Atomkraft. Offenbar sind selbst im „atomfreundlichen“ Finnland E.ONs nukleare Expansionspläne nicht einfach zu verwirklichen.

Großbritannien: Atomkraft ist wieder in

Seitdem die britische Regierung im Januar 2008 den Plan enthüllte, neue Atomanlagen errichten zu lassen, ist auch Großbritannien ein Hoffnungsträger der Atomindustrie. Die Regierung will so die Abhängigkeit von Ölimporten vermindern und ihre Klimaziele erreichen. Greenpeace warnt jedoch, dass neue Atomreaktoren die CO₂-Emissionen Großbritanniens nach 2025 nur um vier Prozent senken würden, was zu wenig und zu spät für ernsthafte Klimaschutzaktivitäten sei.³⁷

Laut Regierung sollen private Betreiber die neuen AKW bauen und vollständig die Bau- und Stilllegungskosten sowie die Abfallentsorgung tragen. Bereits Ende März warnte ein Regierungsberater, dass die „Androhung“ eines ehrlichen wirtschaftlichen Preises für die Atommüll-Entsorgung das Ende der neuen Reaktoren bedeuten werde. Eine Kostenanalyse zeige, dass schon die Preise, die aktuell in Sellafield für die Lagerung radioaktiven Abfalls bezahlt werden, so hoch sind, dass sie zukünftige Investoren abschrecken würden. Einzig mögliche Lösung: die Regierung sichert einen Maximalpreis zu, der bei 6 bis 12 Prozent der realen Kosten liegt. Greenpeace weist korrekterweise darauf hin, dass ein solcher Festpreis nur auf Kosten der britischen Steuerzahler möglich sei.³⁸

Klar scheint zu sein, dass der Energiekonzern British Energy neue Reaktoren definitiv nicht allein bauen wird. Neben dem französischen Energieversorger EdF interessieren sich E.ON und RWE für eine Investition in neue Kraftwerke in Großbritannien. Die britische Regierung hat E.ON und Co. dazu aufgefordert, Angebote für ein „modernes Design“ abzugeben, so ein E.ON-Sprecher. Dabei stellt E.ON UK seinen Einfluss auf die Regierung über seinen Vorstand Paul Golby sicher, der im „Energy Research Partnership“ sitzt, einem hochrangigen Beratungsgremium der britischen Regierung.



Schülerdemonstration in Tuzla, Bosnien. Auch in Osteuropa wehren sich viele Menschen gegen eine Renaissance der Atomkraft. Foto: CEE-Bankwatch

,Wer Belene fin
riskiert ein zw
Tschernoby



manziert,
weites
yl.“



Juni 2006: Protest vor der Aktionärsversammlung der Deutschen Bank. Nachdem auch viele Kunden mit der Kündigung ihres Kontos drohten, zog die Deutsche Bank ihr Finanzierungsangebot für das Belene-Projekt zurück. Elf weitere Banken erteilten dem Projekt ebenfalls eine Abfuhr. Foto: urgewald



**Die bulgarische Umweltpreisträgerin Albena Simeonova sieht in Belene „eine Bedrohung für die Gesundheit und Sicherheit von Millionen von Menschen.“ Weder Morddrohungen noch andere Einschüchterungsversuche haben sie davon abhalten können, in ihrer Heimat den Widerstand gegen das Projekt zu organisieren.
Foto: urgewald**

E.ON hat Erfahrungen im Geschäft mit den Briten: bis die Transporte sowohl nach Sellafield als auch nach La Hague 2005 verboten wurden, hat der Konzern abgebrannte Brennelemente u. a. aus dem Kernkraftwerk Isar I und II nach Sellafield transportieren lassen. Dabei ist dieser Nuklearkomplex eine der größten atomaren Dreckschleudern weltweit. Zuletzt wurde im April 2005 ein Leck entdeckt, durch das etwa 83.000 Liter einer hoch radioaktiven Flüssigkeit aus Schwefelsäure, Uran und Plutonium über Monate unbemerkt entweichen konnten. Teile der Anlage sind nach Betreiberangaben schwer kontaminiert.

Das Belene-Projekt hat eine lange wechselhafte Geschichte. Nach den ersten Planungen Anfang der achtziger Jahre warnten sowjetische Wissenschaftler bereits vor den seismischen Risiken des Standorts.

Bulgarien: Investitionen auf wackligem Grund
Neben Großbritannien konzentriert sich E.ONs Interesse vor allem auf die ehemaligen Ostblockstaaten. Auf der E.ON-Aktionärsversammlung im Mai 2007 kündigte Vorstandsvorsitzender Bernotat an, dass man hier durch neue Investitionen den Anteil des Atomstroms auf 40 Prozent erhöhen wolle. Damit anfangen möchte E.ON in Bulgarien. Denn im Norden des Landes, nahe der Stadt Belene, plant die bulgarische Regierung den Bau von zwei 1000 MW Atomreaktoren. Dagegen regt sich vor Ort viel Widerstand, denn die Gegend ist sehr erdbebengefährdet: In nur 14 Kilometer Entfernung vom

geplanten Reaktorstandort starben 1977 beim letzten Beben 120 Menschen. E.ON scheint sich jedoch weder an den Erdbebenrisiken noch an der Tatsache zu stören, dass hier Atomreaktoren russischer Machart mit bisher unerprobtem Design gebaut werden sollen. Der bulgarische Energieversorger hat den Bauauftrag nämlich an den russischen Konzern Atomstroyexport vergeben und das gewählte Design AES 92 besteht aus zwei WWER 1000/466B Reaktoren, für die es bislang weder Sicherheitsanalysen noch Betriebserfahrung gibt.

Das Belene-Projekt hat eine lange wechselhafte Geschichte. Nach den ersten Planungen Anfang der achtziger Jahre warnten sowjetische Wissenschaftler bereits vor den seismischen Risiken des Standorts. Trotzdem wurde 1985 der Bau aufgenommen. Wegen der Sicherheitsbedenken ist das Vorhaben jedoch Anfang der neunziger Jahre offiziell beendet worden. Belebungsversuche im Jahr 1997 scheiterten, als das bulgarische Kabinett feststellte, dass Belene „technisch unsicher und wirtschaftlich untragbar“ sei. 2002 wechselten die politischen Mehrheiten und Belene wurde erneut aus der Mottenkiste geholt. Eine breite Koalition von Umweltorganisationen kämpft nun seit Jahren gegen das Projekt.

Protest kommt jedoch nicht nur aus der Zivilgesellschaft. Auch der ehemalige Leiter der bulgarischen Atomaufsicht, Dr. Gueorgui Kastchiew, ist der Meinung, dass „das Atomkraftwerk Belene so schnell wie möglich gestoppt werden muss.“ Zu den Problemen gehören der unsichere Standort, Designprobleme, Mangel an qualifiziertem Personal, eine mangelhafte Sicherheitskultur, gravierende Schwächen bei der bulgarischen Atomaufsicht sowie die fehlende Strategie zur Entsorgung des atomaren Abfalls.

Da die großen Sicherheitsbedenken eine Finanzierung des Projekts schwierig machen, sollen nun strategische Investoren die nötigen Gelder einbringen, um das Atomkraftwerk bauen zu können. Denn internationale Banken sind bisher nicht bereit gewesen, größere Geldsummen für Belene zur Verfügung zu stellen. E.ON gehört mit RWE und drei weiteren Energieunternehmen (Tschechiens CEZ, Italiens Enel und die französisch-belgische Elektrabel) zu den Firmen, die sich

um die Position als strategischer Investor für Belene bewerben. Letzte Gerüchte besagen, dass RWE und Elektrabel die größten Aussichten haben, 49 Prozent der Anteile am Projekt zu übernehmen. Im Gespräch ist dabei immer noch, ob die „Gewinnerfirma“ mit einem der Konkurrenten zusammen geht. So könnte E.ON nach wie vor bei dem verantwortungslosen Geschäft mitmachen.

Slowakei: keine Sicherheitskultur

Als weiteres Investitionsziel im Osten bietet sich die Slowakei an. Im März 2007 erklärte der slowakische Premierminister Robert Fico, dass seine Regierung neben dem Bau von zwei weiteren Atomreaktoren am Standort Mochovce auch im westslowakischen Bohunice ein neues Atomkraftwerk bauen will. E.ON sei hierfür der wichtigste Kandidat.¹⁹ Slowakische Medien berichten, dass E.ON und die slowakische Regierung vereinbart haben, die technischen Aspekte des Projektes zu prüfen, wozu Kapazität des AKW, Zusammenarbeit zwischen Regierung und Investoren und die Finanzierung des Projektes gehören. E.ON erklärte, als drittgrößter Atomenergieproduzent weltweit sei der Konzern hervorragend geeignet, ein AKW in der Slowakei zu betreiben.²⁰ Bei einem Neubau in Bohunice geht es vor allem darum, Überkapazitäten für den Export zu schaffen, mit Deutschland als wahrscheinlichstem Abnehmer. Die Slowakei produziert aktuell etwa die Hälfte ihres Stroms in Atomkraftwerken, der slowakische Netzbetreiber SEPS (Slovak Transmission Grid Operator) hat im April 2007 deshalb den Bedarf nach zusätzlichen Atomreaktoren in Frage gestellt und erklärt, dass flexible Stromproduktionskapazitäten für die Stabilität des Netzes wichtiger seien.²¹

Für Investoren in neue Atomkraftwerke sind die Bedingungen in der Slowakei traumhaft. Es gibt zwar einen Stilllegungsfonds, in den Betreiber von AKW einzahlen müssen. Dieser wies jedoch im Jahr 2004 bereits ein Defizit von 500 Millionen Euro auf. Statt Maßnahmen zu ergreifen, das Defizit aufzufüllen, haben slowakische Regierung und Parlament 2006 das Gesetz dahingehend geändert, dass die verpflichtenden Zahlungen für den Stilllegungsfonds gesenkt wurden.²² Dies führt dazu, dass die notwendigen Kosten am Ende von der Öffentlichkeit gezahlt werden müssen. Eine weitere Subventionierung liegt in einer mehrjährigen Steuerbefreiung, wie

sie der slowakische Staat bereits für Mochovce 3 und 4 verspricht.

Es liegt auf der Hand warum E.ON besonders an Geschäften in Osteuropa interessiert ist. Denn wo die Sicherheitskultur und rechtlichen Rahmenbedingungen denkbar schwach sind, lassen sich die besten Geschäfte machen. Während Atomkraftwerksbetreiber in Deutschland im Falle eines Super-GAU mit einer Summe von 2,5 Milliarden Euro haften, gilt etwa in Bulgarien nur eine Haftungsobergrenze von 80 Millionen Euro. Dabei decken laut IPPNW selbst die 2,5 Milliarden weniger als 0,1 Prozent der zu erwartenden Sach- und Vermögensschäden im Fall einer atomaren Katastrophe.

Attraktiv an Osteuropa ist der Mangel an Regulierung, die Schwäche der Aufsichtsbehörden sowie die Tatsache, dass hier keine kostspieligen Anforderungen für Atommüllentsorgung, Sicherheit und Kraftwerksrückbau gestellt werden. Zudem kann E.ON mit dem Bau von riesigen Atommeilern sich dort schnell eine Monopolstellung sichern.

„Wir sind keine Bürger zweiter Klasse und wollen unsere Zukunft nicht durch E.ONs Atomambitionen gefährden lassen“, sagt Albena Simeonova von der Koalition BeleNE! (Nein zu Belene). „Es ist eine Schande, dass der Konzern bei uns in Atomkraftwerke investieren will, die in Deutschland niemals genehmigt würden.“

„Wir sind keine Bürger zweiter Klasse und wollen unsere Zukunft nicht durch E.ONs Atomambitionen gefährden lassen“, sagt Albena Simeonova von der Koalition BeleNE! (Nein zu Belene).

„Es ist eine Schande, dass der Konzern bei uns in Atomkraftwerke investieren will, die in Deutschland niemals genehmigt würden.“

1 Wulf Bernotat, Vorstandsvorsitzender E.ON, SZ 20.7.2007

2 Pressemitteilung des Deutschen Atomforums, 25.10.07

3 Vgl. www.bfs.de

4 Quelle: „Atomkraftwerke in Deutschland“, Greenpeace-Redaktion, 25.5.2002, www.contratom.de und www.robinwood.de/german/energie/akws/

5 Die anderen zwei Drittel an der Urenco Ltd. besitzen britische und niederländische Staatsunternehmer.

6 vgl. www.ippnw-hamburg.de/2004-01.html

7 Laut E.ON-Chef Bernotat waren bis zum 3. Mai 2007 aus Gronau rund 21 000 t abgereichertes UF₆ abtransportiert worden. Die Urenco Ltd. insgesamt habe mehr als 80 000 t abgereichertes Uran nach Russland geschickt. Seither sind allein aus Gronau vier weitere Uranmülltransporte mit jeweils rund 1000 t nach Russland gebracht worden, der vorerst letzte am 5. März 2008.

8 „Nuclear Waste Transports from Germany to Russia“, Ecodefense, März 2007.

9 „Russischer Widerstand gegen Gronauer Uranmüll“, Gorleben Rundschau, Februar 2007

10 Greenpeace Russland schätzt, dass 98 Prozent des gelieferten Urans in Russland verbleiben.

11 P. Diehl: „Enrichment of Western European Depleted Uranium Tails in Russia“, August 2005

12 Vgl. www.urantransport.de, www.bellona.org

13 Schreiben der Bezirksregierung Münster an die UWG Ahaus v. 19. Dezember 2006. Potenzielle „Absender“ für Ahaus sind die stillgelegten NRW-Reaktoren Jülich, Hamm-Uentrop und Würgassen.

14 Vgl. www.evonik.de, www.steag-encotec.de

15 Vgl. www.rag-stiftung.de. Langfristig sollen rund 25% der Evonik-Anteile im Besitz der RAG-Stiftung bleiben, also von Bund, Land und Gewerkschaft kontrolliert werden.

16 Essen, 3. Mai 2007

17 „Government's decision on new nuclear power stations: Greenpeace reaction“, www.greenpeace.org.uk, 8.1.2008

18 „Waste cost threat to nuclear plans“ Financial Times 27.3.2008

19 „E.ON to build a new nuclear power station“, Trend, 21.3.2007

20 „E.ON to build power plant in Jaslovské Bohunice?“ The Slovak Spectator, 2.4.2007

21 „Sancu stavat elektrárnu neziska kazdy“ Pravda 21.4.2007

22 „Economy of Mochovce 3 and 4 reactors in Slovakia in the light of potential state-aid and other benefits“ Briefing Sheet WISE CZ/Greenpeace, April 2007



Foto: Bürgerinitiative „Stopp Staudinger“

Kohle

E.ON produziert 37 Prozent seines Stroms aus Kohle und betreibt in Deutschland 20 Steinkohleblöcke und drei Braunkohlekraftwerke. Dazu kommen zahlreiche Beteiligungen im Ausland. Neubauprojekte drohen an Protesten und Widerstand der Bevölkerung zu scheitern.

26 neue Kohlekraftwerke wollen die Stromkonzerne in Deutschland bauen.¹ Sieben sind bereits genehmigt und teilweise im Bau, darunter das E.ON-Kraftwerk Datteln in Nordrhein-Westfalen. Für das Klima sind die Neubaupläne der Stromkonzerne Gift. Die Kohleverfeuerung verursacht allein rund 40 Prozent der globalen CO₂-Emissionen durch Energieträger. Dabei warnen Wissenschaftler vor einer Katastrophe apokalyptischen Ausmaßes, wenn der Ausstoß des Treibhausgases nicht schnell und wirksam gebremst wird.

E.ON produziert 37 Prozent seines Stromes aus Kohle und betreibt in Deutschland derzeit 20 Steinkohleblöcke und drei Braunkohlekraftwerke sowie fünf Steinkohleblöcke in Großbritannien und den Niederlanden. Dazu kommen zahlreiche Beteiligungen wie etwa in USA, wo E.ON US-Midwest 97 Prozent seines Stroms mit Steinkohlekraftwerken erzeugt.

„Kohlekraftwerke bleiben unverzichtbar.“

Wulf Bernotat, Vorstandsvorsitzender E.ON, Dezember 2007

In der Öffentlichkeit versucht sich E.ON als Klimaschützer darzustellen. In der Praxis will der Konzern jedoch nicht von der klimaschädlichen Kohle lassen und plant sogar acht neue Kohlekraftwerke in Europa und Russland. Doch die Neubaupläne stoßen allorts auf Widerstand der Bevölkerung, Umweltschützer und Kommunalpolitiker. Von vier deutschen Steinkohleprojekten in der E.ON-Schublade sind deshalb nur noch zwei sicher: die Standorte Datteln und Wilhelmshaven. Staudinger „hängt“, so ein E.ON-Sprecher, und Kiel wurde ganz zurückgestellt. Andere Standorte wie Stade werden noch geprüft.

Im Ausland will E.ON u.a. vier neue Steinkohleblöcke in Belgien, Großbritannien und den Niederlanden bauen. Auch dort muss E.ON mit Klagen, Demonstrationen und Verzögerungen umgehen. In Kingsnorth/Kent ist der Protest besonders stark – schließlich wäre der E.ON-Neubau das erste genehmigte Kohlekraftwerk in Großbritannien seit 30 Jahren. Somit läutet E.ON auf der Insel die Ruß-Renaissance ein und schreibt zeitgleich in sei-

nem aktuellen Geschäftsbericht, die „Reduktion der CO₂-Emissionen zur Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels“ sei Ziel (!) bei der Errichtung neuer Kraftwerke in Großbritannien.² Daneben ein Foto des neuen Biomasse-Kraftwerks im schottischen Lockerbie, kein rauchender Kohle-Schlot.

Steinzeittechnologie

Beispiel Datteln: Hier will E.ON den weltweit größten Kohlekraftwerksblock bauen. Das alte Steinkohlekraftwerk bei Dortmund ist 40 Jahre alt. Es soll durch ein Neues ersetzt werden, das mit 1.100 Megawatt drei Mal mehr Leistung bringt. Das bedeutet: Mehr Feinstaub, mehr Quecksilberemissionen und mehr Treibhausgase. Acht Millionen Tonnen CO₂ wird das Mammutprojekt pro Jahr ausstoßen.

Die 1,2 Milliarden Euro teure Anlage soll 2012 in Betrieb gehen. Mit einem Wirkungsgrad von 45 Prozent diene sie als „Mutterpause“ für weitere Kraftwerksbauten in Deutschland, so E.ON. Allein in den kommenden 15 Jahren sollen 4500 Megawatt Kraftwerksleistung ersetzt werden. Carsten Stäblein, Geschäftsführer von E.ON Kraftwerke, forderte die Bundesregierung auf, für Rahmenbedingungen zu sorgen, um die Milliardeninvestitionen in neue Kraftwerke „für mindestens 40 Jahre“ abzusichern. Es dürfe keine Verschärfung der Umweltrichtlinien für den deutschen Kraftwerkspark geben. „Während der CO₂ Anstieg bereits die schlimmsten Erwartungen des Weltklimarats übersteigt, will E.ON möglichst ungestört weiter am Klimawandel basteln,“ sagt Regine Richter, Energieexpertin bei urgewald.

E.ON lobt sich für die Steigerung der Effizienz der neuen Technik, doch selbst die modernsten Kohlekraftwerke lassen immer noch mehr als die Hälfte der Energie ungenutzt in die Luft entweichen. Kostbare Energie, die klimaschädlich vergeudet wird. 1550 Liter Kühlwasser braucht die Anlage stündlich, das sind 1250 Kubikmeter Dunst pro Stunde – 24 Stunden am Tag. Im Vergleich zu einem Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk (GuD) produziert das neue Kohlekraftwerk fast das Doppelte an Kohlendioxid, das Dreifache an Stickoxiden und das 70fache an Schwefeldioxid.

Die Anwohner wehren sich gegen den gigantischen Neubau vor ihrer Haustür mit einem Kühlturm, der doppelt so hoch wie der Kölner Dom werden soll. Der BUND NRW hat Klage eingereicht.³ Die Grüne Liste Waltrip resümiert: „Die Art und Weise, wie E.ON den Kraftwerksneubau in Datteln angeht, deutet auf die bewusste Inkaufnahme der Schädigung der Region, ihrer BewohnerInnen, der Landschaft, der Natur und des Klimas hin. Für E.ON geht es um die Kohle der Firma und der Aktionäre, nicht um die Steinkohle, die sie auf dem ganzen Erdball, nur nicht auf dem heimischen Markt, zusammenkauft.“⁴

Mit neuen Arbeitsplätze auf dem heimischen Markt kann E.ON nicht für den Neubau werben: Der Konzern lässt den Großteil seines Kraftwerks Datteln in China zusammenbauen.⁵ 4000 Tonnen Material für den Kessel werden nach Shanghai verschifft, dort zusammengebaut und wieder nach Deutschland gebracht. Laut E.ON gibt es in Europa angeblich keinen kompetenten Kesselbauer. Nach Angaben von Hitachi Power Europe liegen die Kosten für diesen Mega-Transport bei rund 40 Millionen Euro. Umweltverbände schlagen Alarm. „Unter ökologischen Gesichtspunkten ist das ein Wahnsinn“, sagt Thomas Krämerkämper vom BUND. Für Reiner Priggen, den energiepolitischen Sprecher der Grünen im Düsseldorfer Landtag, ist es „hochgradig unvernünftig, solche Kessel quer durch die ganze Welt zu schicken.“

Beispiel Wilhelmshaven: Hier will E.ON das modernste Kohlekraftwerk der Welt bauen, ein so genanntes „50plus“ mit knapp über 50 Prozent Energieeffizienz. Für den Konzern „das Leuchtturmprojekt“ der Initiative



Das E.ON Kohlekraftwerk Ratcliffe-on-Soar ist einer der größten Treibhausemittenten Großbritanniens. Während der letzten zwei Jahre blockierten Umweltschützer wiederholt das Kraftwerk.

Foto: A. Weller, archimage

Innovate.on, für die Kritiker eine Milliarde Euro, die an der falschen Stelle ausgegeben werden.

Nach Angaben E.ONs wird Wilhelmshaven wie angeblich jedes neue Kohlekraftwerk des Konzerns „capture ready“ sein. Das bedeutet, dass der Bau für eine nachträgliche Installation von Anlagen zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung vorbereitet sein soll. Der Begriff ist allerdings sehr ungenau, schließlich befindet sich diese Technologie bisher erst in der Forschungs- und Entwicklungsphase.⁶ Gegenwärtig gibt es weltweit kein einziges CCS-Kraftwerk und es ist ausgesprochen fraglich, ob die Technologie ab 2020 in Deutschland zur Verfügung steht und darüber hinaus Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren kann. Den Erneuerbaren wird ein großes Kostensenkungspotenzial nachgesagt, während die CCS-Technologie die Stromproduktion aus fossilen Energien massiv verteuern wird.⁷ Denn, so paradox es klingt, die CO₂-Abscheidung wird die Treibhausgas-Produktion stark erhöhen, weil der Wirkungsgrad sinkt. Für Wilhelmshaven hieße es dann statt „50plus“ „40minus“. Innovation auf nur niedrigem Niveau.

„Die Art und Weise, wie E.ON den Kraftwerksneubau in Datteln angeht, deutet auf die bewusste Inkaufnahme der Schädigung der Region, ihrer BewohnerInnen, der Landschaft, der Natur und des Klimas hin.“

Widerstand

Bis Ende 2007 sind zahlreiche Kraftwerksprojekte gestoppt worden. Zuletzt verschob Evonik den Bau ihres Steinkohlekraftwerks Herne 5.⁸ Und RWE musste ein Großprojekt im saarländischen Flecken Ensdorf nach massiven Protesten der Bevölkerung aufgeben. In einer Bürgerbefragung hatten sich 70 Prozent gegen das Projekt ausgesprochen.

“Ich verstehe nicht, warum junge Leute nicht Bauplätze umzingeln und Bulldozer blockieren, um den Bau von neuen Kohlekraftwerken zu verhindern.”

Al Gore, 2007

Die Erweiterungspläne für das E.on-Kraftwerk Staudinger in Großkrotzenburg sind dank massiver Proteste erstmal auf Eis gelegt worden. E.ON wollte in den neuen Steinkohleblock 1,2 Milliarden Euro investieren, die Anlage sollte 2012 ans Netz gehen. Bernotat, der bemängelt, dass die „Kohle ins klimapolitische Abseits geredet“ werde, erklärte am Rande der Energiekonferenz in Essen im Winter 2008 gegenüber Journalisten, dass sein Unternehmen gegen den Willen der Bevölkerung an dem hessischen Standort keinen neuen Steinkohleblock errichten werde. E.ON könne schließlich auch im Ausland neue Kraftwerke errichten. Bernotat wörtlich: „Wenn die Bürger es nicht wollen, werden wir es nicht bauen.“ Wie Herr Bernotat mit Protesten in England, Belgien und den Niederlanden umgehen will, hat er jedoch nicht verraten.



Demonstration gegen den neuen Steinkohlekraftwerksblock Staudinger. Foto: StoppStaudinger

Stromlücke – e wie erfunden?

Die Gründung zahlreicher Bürgerinitiativen gegen neue Kohlekraftwerke verursacht Missfallen bei den großen Stromerzeugern. Ihre Drohungen sind immer und überall die gleichen: Wenn keine neuen Kohlekraftwerke gebaut werden, folgen Engpässe und Black-outs. Der Strom werde knapp, weil angeblich Kraftwerke fehlen.

In Wahrheit wird mehr Strom in Deutschland erzeugt als verbraucht, obwohl mehrere Kernkraftwerke vom Netz gingen: Das AKW Stade wurde 2003 stillgelegt, das AKW Obrigheim 2005. Die Atomblöcke Biblis A und B fielen 2006 aus. Seit Sommer 2007 liefern die Störreaktoren Krümmel und Brunsbüttel keinen Strom mehr. Stromnotstand? Von wegen. 2007 verzeichnete Deutschland einen Exportüberschuss von 19 Terawattstunden, das entspricht etwa der Stromproduktion von fünf großen Kohleblöcken mit einer Leistung von insgesamt 4.000 Megawatt.

Warum soll die Situation enger werden, obwohl Deutschland so viel Strom exportiert wie selten zuvor? Gerade Frankreich, wo Atomkraftwerke in heißen Sommern Kühlwasserprobleme haben, kauft saisonal auf dem deutschen Markt. Strom für das Ausland – für die Anwohner von Datteln und Co. ein Grund mehr, den Dreck aus den großen Kohlekraftwerken nicht vor ihrer Haustür zu dulden.

Für den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, ist die Panikmache nur ein „interessengeleiteter Alarmruf“. Hier stünden nur kurzfristige ökonomische Interessen im Vordergrund, nicht die mittel- und langfristige Versorgungssicherheit. Professor Uwe Leprich von der Technischen Hochschule des Saarlands bestätigt dies und fordert „einen radikalen Strategiewechsel hin zu dezentralen Anlagen mit hohen Wirkungsgraden. Wir müssen Strom und Wärme gleichzeitig nutzen.“ Auch das Umweltbundesamt schließt eine Stromlücke bis 2020 aus, sofern die Bundesregierung die im letzten Jahr festgelegten Klimaziele umsetzt. Die aktuelle Studie des UBA setzt bei ihrem Szenario voraus, dass der Atomausstieg nicht rückgängig gemacht wird und dass keine zusätzlichen Kohlekraftwerke über die heute schon im Bau befindlichen hinaus gebaut werden.⁹

Sackgasse

Bernotat behauptet, dass Erneuerbare Energien die Strompreise in die Höhe treiben. Über den Preiseffekt der Steinkohle schweigt er lieber, spricht nur von „höheren Beschaffungskosten“. Ein Blick in die Statistik des Vereins der Kohleimporteure offenbart, was auf uns zukommen könnte. Demnach sind von Januar 2007 bis März 2008 die Preise für Steinkohle von 77,83 auf 170,5 US-Dollar pro Tonne gestiegen, um mehr als das Doppelte.¹⁰ Der Preis steigt von Monat zu Monat weiter. Besonders in China, aber auch in Indien und den USA nimmt der Kohleverbrauch stark zu. Der deutsche Stromkunde merkt von dem Preisanstieg der Kohle bisher wenig, da die Unternehmen über langfristige Lieferverträge verfügen und vom hohen Eurokurs profitieren. Doch wie lange noch? Das Versprechen der günstigen Strompreise, die die neuen Kohlekraftwerke garantieren würden, wird sich in Luft auflösen. Spätestens ab 2013 verteuert sich Kohleverstromung zusätzlich durch den von der Europäischen Union vorgeschriebenen Handel mit CO₂-Zertifikaten.

Kurzfristig profitiert E.ON noch von der Kohle, langfristig haben alle einen Schaden davon: Bis zu 34 Milliarden Euro werden die deutschen Energiekonzerne in den nächsten Jahren mit CO₂-Zertifikaten verdienen.¹¹ E.ON und Co. machen Extraprofite dadurch, dass sie Kostenwerte für Zertifikate teilweise oder vollständig an die Stromkunden durchreichen. Obwohl der größte Teil der Zertifikate immer noch verschenkt wird, rechnen sie den Verbrauchern so genannte Opportunitätskosten an: Weil sie ihre Zertifikate für die Verbrennung der Kohle brauchen und nicht für 20 oder 30 Euro pro Tonne CO₂ an der Strombörse verkaufen können, entgehen den Konzernen ein Gewinn, den sie sich von ihren Kunden zurück holen – so die nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich umstrittene Profitmacherei der Energiekonzerne. Ab 2013, wenn die CO₂-Emissionsrechte wie geplant in der EU vollständig versteigert werden und die Konzerne tatsächlich für ihren immensen Ausstoß an Treibhausgasen bezahlen müssen, sind Kohlekraftwerke nicht mehr wirtschaftlich. Weitere Investitionen in die Kohlewirtschaft sind weder ökonomisch noch ökologisch vertretbar, sie führen nur in die Sackgasse.

Die klimafeindliche Kohle-Strategie der Energiekonzerne könnte laut DUH-Geschäftsführer Rainer Baake zu einem paradoxen Ergebnis führen: „Wenn Deutschland mit viel CO₂ relativ wenig Strom erzeugt, machen immer weniger zur Verfügung stehende CO₂-Rechte in der EU den Strom erst teuer und dann tatsächlich knapp. Die Folge wird sein, dass der Druck für den Weiterbetrieb alter und störanfälliger Atomkraftwerke massiv steigt – ganz im Sinne der Betreiber.“

Trudel Meier-Staude von projekt21plus warnt: „Mit neuen Kohlekraftwerken zementieren E.ON und Co. über Jahrzehnte hinweg einen hohen und vermeidbaren CO₂-Ausstoß. Wenn wir verhindern wollen, dass die verheerenden Prognosen des Weltklimarats Wirklichkeit werden, brauchen wir eine Umstrukturierung unseres Energiesystems: Weg von großen zentralen Kraftwerken – hin zu Dezentralität und Effizienz.“

„Wer heute noch neue Kohlekraftwerke baut, muss sich im Klaren sein, dass eine solche Politik uns alle langfristig teuer zu stehen kommt.“

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas, Mai 2007

1 „Kohlekraftwerke in Deutschland“ (seit 2005), DUH, Stand Feb. 2008

2 E.on Geschäftsbericht 2007, S. 102

3 Klagebegründung gegen den Planfeststellungsbeschluss unter www.bund-nrw.org/kraftwerk_datteln.htm

4 www.gruene-waltrop.de

5 ddp-Meldung vom 17.1.2008

6 CCS: Carbon Dioxide Capture and Storage/Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung. Eine sichere Lagerung des CO₂ ist nach heutigem Stand der Technik nicht gewährleistet.

7 Deutscher Bundestag Drucksache 16/5059, 20.04.2007

8 Evonik wurde 2006 als RAG Beteiligungs-AG gegründet, die den so genannten „weißen Bereich“ der RAG Aktiengesellschaft umfasst. Im September 2007 wurde das Unternehmen in Evonik Industries AG umbenannt. Über die ehemalige STEAG, eine E.ON-Tochter, betreibt Evonik acht Steinkohlekraftwerke in Deutschland.

9 „Atomausstieg und Versorgungssicherheit“, UBA März 2008

10 Siehe Preise: www.verein-kohlenimporteure.de

11 nach Aussage von Point Carbon Advisory Service, einer weltweit führenden Informationsplattform für Kohlenstoffmärkte. Siehe „EU ETS Phase II – The potential and scale of windfall profits in the power sector report for WWF“, Point Carbon Advisory Service, März 2008



Aus fr



E.ON Energie A
E.ON Sales & T
E.ON Facility M

E wie einfach wechseln

Die Zukunft beginnt mit E. Das würde E.ON-Chef Wulf Bernotat auch so sagen. Wir meinen aber E wie Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz – die drei Säulen für eine klimafreundliche Zukunft. Die Energiewende ist technologisch machbar. Ein energiesparender und dezentraler Energiemarkt ohne fossile und nukleare Brennstoffe kann weltweit dazu beitragen, das Problem der Rohstoffabhängigkeit, des Atommülls und nicht zuletzt des Klimawandels zu lösen.

Doch E.ON setzt weiter auf Atom und Kohle. Und versucht, sowohl die Politik zu seinen Gunsten zu beeinflussen als auch die Verbraucher mit dem Gespenst der Energieengpässe zu ängstigen, um Stimmung für Laufzeitverlängerungen und neue Kohlekraftwerke zu machen. So verbaut sich der Konzern mit neuen Atom- und Kohlekraftwerken seine Zukunft – und damit auch unsere Zukunft. Wo die Politik versagt, können die Verbraucher handeln: Werden Sie aktiv! Denn „E wie einfach“ kann auch heißen „einfach wechseln“. Weg von E.ON – hin zu EE.ON, zu Erneuerbaren Energien durch Ökostrom.

Ökostrom wird aus Erneuerbaren Energien erzeugt. Dazu gehören Sonnenenergie, Windkraft, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse. Auch mit Hilfe von dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung erzeugte Energie zählt zum Ökostrom. Hier wird in effektiven kleinen Blockheizkraftwerken (BHKW) Strom produziert und gleichzeitig die Abwärme für Heizung und Warmwasser verwendet. BHKWs nutzen über 90 Prozent der eingesetzten Energie, während konventionelle Kraftwerke meist nur einen Wirkungsgrad von durchschnittlich 30 Prozent haben.

Sie als Verbraucher entscheiden, wie Strom in Deutschland produziert wird. Durch die Wahl eines ökologischen und unabhängigen Anbieters können Sie bestimmen, dass Ihr Strom in umweltfreundlichen Kraftwerken entsteht. Durch Ihren Wechsel können die großen Energiekonzerne E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall weniger Atom- und Kohlestrom verkaufen, was automatisch an der Marktmacht des Energiekartells rüttelt. Ein guter Ökostromanbieter ist vollkommen unabhängig von den „großen Vier“ und investiert seine Einnahmen in innovative Kraftwerke mit Erneuerbaren Energien. Geben Sie Ihr Geld in die richtigen Hände, damit es für eine saubere Zukunft arbeitet.

Diese vier Ökostromanbieter

- sind unabhängig von Kohle- und Atomwirtschaft
- investieren Geld in neue und ökologische Kraftwerke
- produzieren keinen radioaktiven Müll
- sparen mindestens zwei Drittel Treibhausgase gegenüber konventionellen Anbietern ein

Elektrizitätswerke Schönau
www.ews-schoenau.de

Greenpeace Energy
www.greenpeace-energy.de

Naturstrom
www.naturstrom.de

LichtBlick
www.lichtblick.de

**Information und Beratung zum
Ökostromwechsel:**
www.oekostromwechsel.de
www.atomausstieg-selber-machen.de

Besonders effektiv ist es, wenn Sie nicht einfach sang- und klanglos wechseln, sondern E.ON einen „Abschiedsbrief“ schreiben. Kritisieren Sie offen die umwelt- und klimafeindliche Kohle- und Atompolitik im In- und Ausland! Eine Vorlage dafür finden Sie auf www.urgewald.de. Wenn Sie Aktionär bei E.ON sind, erheben Sie Ihre Stimme und setzen sich für eine neue Energiepolitik ein!



e.on

Bemotat

Hartmann

Notar

Vogelsang

Dänzer-Vanotti

Feldmann

Heffa Schücking auf der E.ON Hauptversammlung 2007

Wir suchen die Ursachen globaler Armut und Umweltzerstörung und finden sie auch in der deutschen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir recherchieren, wie deutsche Banken und Firmen zu Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen weltweit beitragen. urgewald nennt Namen und fordert von Entscheidungsträgern in der Praxis nachhaltiges Handeln ein.

Seit ein paar Jahren befassen wir uns intensiv mit der Politik der vier großen Energiekonzerne und nehmen ihre Investitionspläne im In- und Ausland genauer unter die Lupe. 2006 haben wir die Kampagne gegen den Bau des Atomkraftwerks Belene in Bulgarien gestartet. 12 internationale Banken, die an dem Projekt in einem Erdbebengebiet interessiert waren, zogen sich daraufhin zurück. Doch wer zeigt sich unbeirrbar und will bis heute in das Risikogeschäft investieren? E.on und RWE.

urgewald besucht regelmäßig die Aktionärsversammlungen der großen Energiekonzerne und macht dort auf Problembereiche aufmerksam, die die Vorstände lieber verschweigen. Wenn Sie Aktionär von E.on und Co. sind, können Sie uns Ihre Stimmrechte übertragen. Wir setzen uns für eine neue Energiepolitik ohne Lobbyismus, ohne Investitionen in Atom und Kohle und ohne Renditemaximierung auf Kosten der Menschen und der Umwelt ein.

Unabhängige Arbeit braucht unabhängiges Geld. Unterstützen Sie urgewald mit einer Spende oder einem regelmäßigen Förderbeitrag!

Ihr Engagement ist wichtig.

Volksbank Sassenberg
Konto 643 399 00
BLZ 412 625 01

urgewald e. V. ist als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

urgewald e. V.
Von Galen Str. 4
48336 Sassenberg
Tel.: 02583/1031
Fax: 02583/4220
heffa@urgewald.de
www.urgewald.de



Anwalt für Umwelt und Menschenrechte